



Schader Stiftung



Bericht

Dialog-Werkstatt Sicherheitspolitik

23. Februar 2019, Darmstadt

Bericht von Dr. Kirsten Mensch, Schader-Stiftung, in Zusammenarbeit mit Katharina Apfelbaum, Jens Hübertz, Helene Pleil und Frauke Taake

Fazit und Ausblick von Astrid Kuhn, Stiftung Wissenschaft und Demokratie sowie von Dr. des. Daniel Jacobi, Goethe-Universität Frankfurt

Inhaltsverzeichnis

Bericht zur Dialog-Werkstatt Sicherheitspolitik	3
Warum wir die Dialog-Werkstatt Sicherheitspolitik durchführten	3
Wer waren die Laien?	4
Wer waren die Expertinnen und Experten?	6
Der Vorabend der Dialog-Werkstatt Sicherheitspolitik	6
Das Programm im Einzelnen	7
Die sicherheitspolitische Kultur in Deutschland	8
Der Wunsch nach einer sicherheitspolitischen Debatte	10
Die Dialog-Cafés	11
Dialog-Café Rot: Wer oder was gefährdet die deutsche Sicherheitspolitik? Und: Welche Sicherheitspolitik wollen wir?	12
Dialog-Café Blau: Wer oder was gefährdet die deutsche Sicherheitspolitik? Und: Welche Sicherheitspolitik wollen wir?	16
Dialog-Café Gelb: Wer oder was gefährdet die deutsche Sicherheitspolitik? Und: Welche Sicherheitspolitik wollen wir?	21
Dialog-Café Grün: Wer oder was gefährdet die deutsche Sicherheitspolitik? Und: Welche Sicherheitspolitik wollen wir?	27
Die abschließende Fish-Bowl-Diskussion	31
Wir stehen am Anfang!	32
Fazit und Ausblick	32
Sicherheitspolitik und Dialog	32
„Welche Sicherheitspolitik wollen wir?“	36

Bericht zur Dialog-Werkstatt Sicherheitspolitik

Was geschieht, wenn man eine bunt zusammengewürfelte Gruppe von Menschen zur aktuellen Sicherheitspolitik diskutieren lässt? Was geschieht,

- wenn Friedensforscherinnen auf Vertreter des Bundesverteidigungsministeriums treffen?
- wenn Akteure der zivilen Friedensbewegung mit ihrer Friedenslogik auf Angehörige der Bundeswehr treffen?
- wenn die verschieden positionierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung bis hin zum Institut für Sicherheitspolitik in Kiel aufeinander treffen?

Und was geschieht,

- wenn all diese Fachleute auf sicherheitspolitische Laien treffen – im Alter zwischen 16 Jahren und jenseits der Rentengrenze, mit verschiedenen Hintergründen und Ausbildungen versehen, mit unterschiedlichen, oftmals eher gefühlten als reflektierten sicherheitspolitischen Voreinstellungen kommend?

Was auch immer geschieht, auf jeden Fall ist es ein spannendes und lehrreiches Experiment. Diesem Experiment hat sich die ebenfalls schon als heterogen anzusehende Veranstaltergemeinschaft aus der Professur für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt deutsche und europäische Außenpolitik der Goethe-Universität Frankfurt am Main, zugleich verbunden mit dem Exzellenzcluster „Die Herausbildung normativer Ordnungen“ an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, aus der Stiftung Wissenschaft und Demokratie in Kiel und der Schader-Stiftung in Darmstadt gewidmet.

Am Samstag, den 23. Februar 2019 fand die Dialog-Werkstatt Sicherheitspolitik statt, zu der sich rund 80 Personen versammelten. Einleitende Vorträge, eine Podiumsdiskussion sowie eine abschließende Fish-Bowl-Diskussion gruppierten sich um das Herz der Veranstaltung: Dialog-Cafés, in denen sich vor allem die Laien darüber austauschten, wie sie über Sicherheitspolitik in Deutschland denken. Den Expertinnen und Experten blieb währenddessen die Rolle der Zuhörenden, was sie zu teilweise verblüffenden Erkenntnissen brachte.

Warum wir die Dialog-Werkstatt Sicherheitspolitik durchführten

Das Interesse in der Bevölkerung an Sicherheitspolitik steigt. Sicherheitspolitische Risiken werden zunehmend öffentlich thematisiert: seien es die Gefahren durch Terroranschläge im eigenen Land, seien es neue Bedrohungen durch Cyberangriffe oder internationale Konflikte und Krisen in entfernten Regionen, deren Auswirkungen auch auf Deutschland ausstrahlen.

Das Interesse steigt – aber: Steigt in der Bevölkerung auch das Wissen über Sicherheitspolitik? Wie gut sind Bürgerinnen und Bürger in diesem Feld orientiert, wenn es darum geht, selbst Stellung zu beziehen?

Auf der anderen Seite verstärkt sich der Wunsch seitens Politik, Regierung und zivilgesellschaftlichen Organisationen nach stärkerer Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an sicherheitspolitischen Debatten. Internationale Militäreinsätze der Bundeswehr im Rahmen von NATO- oder UN-Missionen werden zunehmend kontrovers diskutiert. Die Forderung nach einer umfassenden Debatte über sicherheitspolitische Entscheidungen bezieht auch die Frage danach ein, wie diese begründet und gerechtfertigt werden können. Fachleute aus Wissenschaft und sicherheitspolitischer Praxis suchen inzwischen nach Wegen, wie eine stärkere Teilhabe der Bürgerinnen und Bür-

ger in einem politischen Feld gelingen kann, das durch eine komplexe Informationslage gekennzeichnet ist.

Erkenntnisse über die Meinungsbildungsprozesse von Bürgerinnen und Bürgern sind also notwendig:

- Wie kann ein besserer Austausch über Sicherheitspolitik organisiert werden?
- Kann dies zu einer weiteren Demokratisierung von Sicherheitspolitik führen?
- Ermöglicht ein Austausch, dass sich die Fachleute von neuen Einschätzungen und Vorschlägen im positiven Sinne irritieren und anregen lassen?

Wer waren die Laien?

Die Gruppe der Laien, die an der Dialogwerkstatt Sicherheitspolitik teilnahm, bestand zum einen aus einer Gruppe von Oberstufen-Schülerinnen und Schülern, zum anderen aus Interessierten, die sich für die Mitwirkung beworben hatten und zum Teil ein vorbereitendes Orientierungsseminar besucht haben. Zwei Seminare standen dabei zur Auswahl: eines durchgeführt durch das Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) in Frankfurt am Main, das andere durchgeführt vom Zentrum Informationsarbeit Bundeswehr in Strausberg.

Grundsätzlich gilt, dass diese Personen nur im Hinblick auf ihr sicherheitspolitisches Wissen Laien sind. Ansonsten handelt es sich bei ihnen um Menschen mit vielerlei Wissen und Sachverstand. Entsprechend wurden sie auch vor der Veranstaltung eingeladen, wie die nachfolgende Passage des Einladungstextes zeigt: *„Wir suchen Menschen, die in vielen verschiedenen Bereichen Knowhow und großes Wissen besitzen, aber im Bereich der Sicherheitspolitik Deutschlands Laien sind: Laien, in dem Sinne, dass sie zwar über die Kenntnisse von politisch durch Medien informierte Menschen verfügen, aber nicht durch Beruf, Engagement oder Studium tiefer in sicherheitspolitische Fragen eingestiegen sind.“*

1. Schülerinnen und Schüler

Dreizehn Schülerinnen und Schüler kamen mit sie begleitenden Lehrkräften aus den Oberstufen des Lichtenberg Gymnasiums in Darmstadt, der Eleonorenschule in Darmstadt sowie des Goethe-Gymnasiums in Bensheim. Die Teilnahme dieser jungen Menschen an der Dialog-Werkstatt Sicherheitspolitik stieß auf ausgesprochen positive Resonanz seitens der anderen Teilnehmenden. So lobte einer der Experten die Heterogenität der Teilnehmerschaft mit den Worten: *„regelrecht begeistert war ich von der erstaunlichen Urteilskraft einzelner Schülerinnen und Schüler!“*

Ein anderer gab als Feedback zurück: *„Die Gesprächsatmosphäre war durchweg sehr angenehm und nach meinem Eindruck frei von informellen Hierarchien, was in den Pausen produktive Gespräche über Fach- und Altersgrenzen hinaus ermöglichte.“*

Die Schülerinnen und Schüler fühlten sich, nach der Aussage einer der Lehrerinnen, durchaus wohlwollend beobachtet. In jedem Fall beteiligten sie sich offenkundig ohne Scheu an der Diskussion und wurden am Ende der Veranstaltung mit einem Extra-Applaus eigens für sie belohnt.

Die anderen Laien, die teilnahmen, lassen sich in drei Gruppen einteilen.

2. Laien ohne Orientierungsseminar

Ein kleiner Teil der zu den sicherheitspolitischen Laien gehörenden Teilnehmenden nahm nur an der Dialog-Werkstatt Sicherheitspolitik teil. Diese Personen kamen mit dem Wissen, das sie durch Nachrichten, welcher Medien auch immer, mitbrachten – oder auch durch persönliche Erfahrungen, wie jene Teilnehmerin, deren Schwester in einem zivilen Dienst im Irak im Einsatz ist.

3. Laien, die das Orientierungsseminar an der HSKF besucht hatten

Eine Gruppe von fünfzehn Personen nahm an dem eintägigen Orientierungsseminar der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt am Main teil.

Sie wurden durch die dortigen Wissenschaftler eingeführt in grundsätzliche Debatten zur Sicherheitslage Deutschlands, in Detailfragen zur Rolle der Bundeswehr, zu Auslandseinsätzen sowie zu wichtigen internationalen sicherheitspolitischen Institutionen. Das Programm im Einzelnen enthielt die folgenden Vorträge:

Prof. Dr. Christopher Daase:	Bedrohungen / Risiken deutscher Sicherheit
Dr. Niklas Schörnig:	Rolle der Bundeswehr
Dr. Julian Junk:	Auslandseinsätze
Dr. Gregor Hofmann:	Institutionen (NATO, EU, UN, OSZE...)

Die Teilnehmenden empfanden dieses Orientierungsseminar als hochinformativ. Ihre Rückfragen und ersten Diskussionen an diesem Tag zeigten das deutlich.

4. Laien, die das Orientierungsseminar beim Zentrum Informationsarbeit Bundeswehr besucht hatten

Siebzehn Personen nahmen an dem dreitägigen, vom Zentrum Informationsarbeit Bundeswehr in Strausberg bei Berlin zusammengestellten Programm teil. Sie konnten durch ihren Aufenthalt in einem Haus der Bundeswehr zugleich ein wenig „Militärluft“ schnuppern. So kam die Gruppe beim Abendessen sowie im Anschluss daran an der kleinen dortigen Bar in Kontakt mit Soldatinnen und Soldaten, die gerne Rede und Antwort standen. Das eigentliche Programm führte weit über den Aufenthalt nur in Strausberg hinaus. So wurde das Auswärtige Amt ebenso wie das Bundesverteidigungsministerium aufgesucht. Am dritten Tag fand ein Vortrag in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in der Berliner Stauffenbergstraße statt. Den Abschluss bildete ein Besuch bei einem der Berliner Think Tanks, der Stiftung Wissenschaft und Politik. Im Einzelnen sah das Programm folgendermaßen aus:

Montag, 11. Februar 2019

Begrüßung

Oberstleutnant Jürgen Bredtmann, Bereichsleiter Bundeswehr & Gesellschaft, Zentrum Informationsarbeit Bundeswehr

Grundlagen der Deutschen Außen- und Sicherheitspolitik

Wissenschaftliche Rätin Dr. Caja Schleich, Fachbereich Sicherheitspolitische Information, Zentrum Informationsarbeit Bundeswehr

Bundeswehr 1.0: Einblick in Aufbau und Funktionsweise der deutschen Streitkräfte

Hauptmann Alexander Baumgärtner, Jugendoffizier Strausberg

Dienstag, 12. Februar 2019

Aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen

Tjorven Bellmann, Leiterin Referat 201, Auswärtiges Amt

Einblick in BMVg und Bendlerblock

Besucherdienst des Bundesverteidigungsministeriums

Strategische Ausrichtung: Weißbuch 2016 und Konzeption der Bundeswehr 2018

Oberstleutnant i.G. Arne Schuler, Referat Pol II 1, Bundesverteidigungsministerium

Überblick über die Auslandseinsätze der Bundeswehr
Oberstleutnant Michael Höpner, Referat SE II 1, Bundesverteidigungsministerium

Mittwoch, 13. Februar 2019

Herausforderungen im Bereich der Cybersicherheit
Alexander Szanto, Brandenburgisches Institut für Gesellschaft und Sicherheit (BIGS)

Deutsche Sicherheitspolitik in Europa und die multilaterale Ordnung
Dr. Raphael Bossong, Forschungsgruppe EU/Europa, Stiftung Wissenschaft und Politik

Verortung: Gestärktes Selbstbewusstsein Deutschlands in den internationalen Beziehungen!?
Generalleutnant a.D. Rainer Glatz, Forschungsgruppe Sicherheitspolitik, Stiftung Wissenschaft und Politik

Wer waren die Expertinnen und Experten?

Die Expertinnen und Experten entstammen sowohl der Wissenschaft als auch der Praxis. Da die Schader-Stiftung, in deren Räumen die Dialog-Werkstatt Sicherheitspolitik stattfand, sich den Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis auf die Fahne geschrieben hat, ist es für eine solche Veranstaltung fast schon zwingend, dass sowohl Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler als auch Fachleute aus der Praxis vertreten sind.

Auf der Seite der Wissenschaft fanden sich Personen von der Goethe-Universität Frankfurt am Main, dem Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel, der Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung sowie der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

Auf der Seite der Praxis diskutierten Vertreterinnen und Vertreter von folgenden Institutionen mit:

- AG „Sicherheit neu denken“ der Evangelischen Landeskirche in Baden
- Akademie Bergstraße für Ressourcen-, Demokratie- und Friedensforschung
- Beirat Zivile Krisenprävention und Friedensförderung der Bundesregierung
- Bundesakademie für Sicherheitspolitik
- Bundesministerium der Verteidigung
- Deutscher Bundeswehrverband
- Planungsamt der Bundeswehr
- Zentrum Informationsarbeit Bundeswehr

Der Vorabend der Dialog-Werkstatt Sicherheitspolitik

Noch bevor die Dialog-Werkstatt am Samstagvormittag startete, fand am Vorabend eine Zusammenkunft nur der Expertinnen und Experten statt. Diese diente mehreren Zielen: Zum einen der Vernetzung bei einem festlichen Abend mit Dinner und Dinnerspeech: Die Expertinnen und Experten kamen ausgiebig miteinander ins Gespräch, tauschten sich über die Grenzen der Disziplinen, Meinungen und Berufe hinweg aus und knüpften Kontakte. Zum anderen diente das Zusammentreffen der Vorbereitung des Experten-Laien-Dialogs am nächsten Tag. Wie funktioniert ein solcher Dialog? Welche Voraussetzungen hat er? Was müssen jene mitbringen, die die Rolle der Expertinnen und Experten einnehmen?

Dr. Thorsten Latzel hielt die Dinnerspeech, die sich diesen Fragen stellte. Als Direktor der Evangelischen Akademie Frankfurt ist er Spezialist für den Experten-Laien-Dialog, zugleich ist er Theologe. Beides merkte man der kurzweiligen, humorvollen, aber durchaus ernsthaften Rede an. Er führte sein Publikum zwischen Hauptgang und Nachspeise von der Frage „Was ist ein Experte?“

über die Frage „Was ist ein Laie?“ hin zur Auseinandersetzung, wie der Dialog zwischen beiden aussehen sollte – und nutzte dabei auch das biblische Beispiel von der „Laiin Maria“ und dem „Experten Erzengel Gabriel“.

Experte, so Thorsten Latzel, *ist* man nicht, sondern man *wird* es, wenn man verantwortlich und vernunftgeleitet handelt, wenn man stellvertretend für andere Wissen, Erfahrungen, Kompetenzen erwirbt, wenn man diese transparent und allgemeinverständlich kommuniziert und dabei auch über die Möglichkeiten und Risiken aufklärt. Die eigenen Perspektiven sollten dabei sozial und gemeinwohldienlich in Prozesse offener demokratischer Entscheidungsbildung einfließen. Laien hingegen werden oft ex negativo als Nicht-Experten eingestuft – es sei denn, man folgt einem etymologisch-theologischen Ansatz und sieht den begrifflichen Zusammenhang zu Laios, dem Gottesvolk.

Eines ist für Thorsten Latzel klar: Laien und Experten brauchen sich wechselseitig. Dialog zieht letztlich auf eine Überwindung der Ungleichheit zwischen ihnen. Um das zu ermöglichen, sind die Expertinnen und Experten dazu aufgerufen,

- in vertrauen-weckender Sprache zu sprechen,
- den Laien Kompetenzen zu vermitteln,
- ihnen Befürchtungen zu nehmen,
- ihnen einen aktiven Anteil zu ermöglichen,
- Prozesse zu erklären,
- auf Unterstützungsmöglichkeiten zu verweisen.

Die Laien haben dabei durchaus Entscheidungsmacht. Zudem tragen sie – gerade in sicherheitspolitischen Fragen – das Risiko.

Das Fazit am Ende der Dinnerspeech: „So schwierig der Dialog mit Laien sein mag, so wichtig ist es, auf ihre Stimme zu hören, weil sie in aller Schwierigkeit einem etwas gleichsam Prophetisches zu sagen haben.“

Das Programm im Einzelnen

Dialog-Werkstatt Sicherheitspolitik: Welche Sicherheitspolitik wollen wir?

9:30 – 9:50 Uhr	Begrüßung Dr. Christof Eichert, Schader Stiftung Prof. Dr. Gunther Hellmann, Goethe-Universität Frankfurt am Main Prof. Dr. Joachim Krause, Stiftung Wissenschaft und Demokratie, Kiel
9:50 – 10:20 Uhr	Keynote: Zur sicherheitspolitischen Kultur Deutschlands Prof. Dr. Anna Geis, Universität der Bundeswehr Hamburg und Generalmajor Carsten Breuer, Bundesministerium für Verteidigung
10:20 – 11:15 Uhr	Panel: „Sicherheitskultur als Dialogkultur?“ Offene Debatte zwischen Experten und Laien mit: Ralf Becker, gewaltfrei handeln e.V., Diemelstadt-Wethen /AG „Sicherheit neu denken“ der Evangelischen Landeskirche in Baden Katharina Borowski, Teilnehmerin des Orientierungsseminars beim Zentrum Informationsarbeit in Strausberg

Prof. Dr. Christopher Daase, Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt am Main

Kjell Schmidt, Teilnehmer des Orientierungsseminars bei der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt am Main

Moderation: Prof. Dr. Nicole Deitelhoff, Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt am Main

11:15 – 11:30 Uhr	Kaffeepause
11:30 – 12:45 Uhr	Dialog-Café „Wer oder was gefährdet die deutsche Sicherheit? – Die Einschätzung der Laien“ In vier parallel laufenden Dialog-Cafés diskutieren insbesondere die Laien über die Gefährdung der deutschen Sicherheit.
12:45 – 13:45 Uhr	Mittagessen
13:45 – 15:00 Uhr	Dialog-Café „Welche Sicherheitspolitik wollen wir? – Die Einschätzung der Laien“ In vier parallel laufenden Dialog-Cafés diskutieren insbesondere die Laien über die gewünschte Sicherheitspolitik.
15:00 – 15:15 Uhr	Kaffeepause
15:15 – 16.30 Uhr	Fish-Bowl-Diskussion: „Konturen zukünftiger deutscher Sicherheitspolitik“ Offene Debatte zwischen Experten und Laien mit: Prof. Dr. Gunther Hellmann, Goethe-Universität Frankfurt am Main Oberst i.G. Dr. Frank Richter, Bundesministerium der Verteidigung, Berlin Svenja Sinjen, Stiftung Wissenschaft und Demokratie, Berlin Moderation: Astrid Kuhn, Stiftung Wissenschaft und Demokratie, Kiel
16:30 Uhr	Schlusswort

Die sicherheitspolitische Kultur in Deutschland

Die Friedensforscherin Prof. Dr. Anna Geis startet in den inhaltlichen Teil mit ihrer Keynote, die sie sich mit Generalmajor Carsten Breuer teilt.

In vier Thesen vermittelt sie, was die derzeitige Sicherheitskultur in Deutschland ausmacht:

1. Sicherheitspolitik berührt uns alle in unserem Alltag. Anschläge in unseren Städten, die Auswirkungen von Konflikten weit von uns, die nichtsdestotrotz zu uns gelangen, beweisen dies ebenso wie Sicherheitsvorkehrungen, denen wir uns alle regelmäßig unterordnen.
2. Eine Repolitisierung der Sicherheitspolitik ist notwendig. Sicherheitspolitik galt lange als von bürgerschaftlicher Teilhabe und Öffentlichkeit abgeschottetes Politikfeld. Doch aufgrund der veränderten Sicherheitslage und dem Ruf nach mehr Verantwortung, die Deutschland übernehmen sollte, wird eine breite sicherheitspolitische Debatte gefordert.

3. Diese große sicherheitspolitische Debatte mag zwar wünschenswert sein, ist aber eine unrealistische Forderung. Solche Debatten führen wir auch nicht in anderen Bereichen, in denen sie nötig wäre.
4. Trotzdem sind Bürgerdialoge und Bürgerbeteiligungen notwendig. Sie sollten vielfach durchgeführt werden, auch wenn sie sich als mühsam herausstellen. Eine Dialog-Werkstatt wie die hier durchgeführte ist ein wichtiges Element, um folgende Ziele zu erreichen:
 - eine breitere Legitimation sicherheitspolitischer Strategien,
 - die Förderung der Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft gegenüber (zukünftigen) Risiken, die unsere Sicherheit etwa bei kritischen Infrastrukturen gefährden,
 - die Verbreitung von mehr Wissen in der Bürgerschaft, um die Distanz der Deutschen zu ihren Streitkräften zu mindern und um damit dem Teufelskreis aus einer grundsätzlichen Ablehnung von Kampfeinsätzen in der Bevölkerung samt der Antwort seitens der Politik darauf, die alles Militärische an Auslandseinsätzen herunterspielt, zu entkommen.

Generalmajor Carsten Breuer hat federführend bei der Entwicklung des Weißbuchs 2016, dem Grundlegendokument der Bundesregierung für die Einschätzung der sicherheitspolitischen Lage und für sicherheitspolitische Entscheidungen, mitgewirkt. Im Gegensatz zu früheren Weißbüchern zeichnete sich dessen Entstehungsprozess durch einen hohen Anteil an Beteiligungen von gesellschaftlichen Gruppen aus.

Bevor Generalmajor Breuer in ebenfalls vier Thesen die Sicherheitskultur in Deutschland umreißt, berichtet er von einem Seminar mit rund 100 jungen Erwachsenen, in denen er eine fiktive Bedrohungslage schildert. In 16 Stufen zeigt er ansteigende Stadien einer hybriden Kriegsführung auf: von gelegentlichen Stromausfällen, dem Ausfallen von Geldautomaten, über den Angriff von Unbekannten auf deutsche Soldaten in Litauen, der Störung von Handy- und GPS-Netzen bis hin zu Anschlägen auf eine Gaspipeline im Osten. Ab wann, so seine Frage an die jungen Erwachsenen, herrscht Krieg? Er selbst hätte dies ab Stufe 11 oder 12 so eingeschätzt. Die ersten jungen Erwachsenen hingegen hielten den Krieg ab Stufe 5 für gegeben, die letzten in dieser Gruppe ab Stufe 9. Wie stehen hier Bedrohungsgefühle gegen die notwendige strategische Gelassenheit? Sind die sicherheitspolitischen Einschätzungen nicht ausreichend faktenbasiert? Oder sind die Ängste schlichtweg größer, als man mit militärischem Hintergrund denkt?

Die vier Thesen:

1. Sicherheit wird aus dem Alltag outsourct: Dies schafft eine doppelte Distanz, zum einen zu denen, die für Sicherheit sorgen, zum anderen zur Sicherheit selbst.
2. Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern ist der Versuch zur Wiedereinbindung des einzelnen in die für ihn abstrakt gewordene Sicherheitspolitik.
3. Das Weißbuch 2016 schaffte einen Schritt zur Beteiligung, allerdings ist dies nur ein Meilenstein – das Ziel ist noch nicht erreicht, nämlich die umfassende Beteiligung der Gesellschaft bei der sicherheitspolitischen Strategieentwicklung.
4. Strategie hilft nicht so sehr dem Soldaten im Einsatz, sondern mehr den Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern. Strategie ordnet auf verschiedenen Ebenen und politischen Bereichen, schafft Handlungssicherheit und Transparenz und sorgt dafür, dass Deutschland – auch international – berechenbar wird beziehungsweise bleibt. Für den Soldaten oder die Soldatin ist hingegen wichtig, dass er oder sie den Rahmen erhält, ob und wie zu handeln ist, über eine dafür bestens geeignete Ausrüstung verfügt, um den parlamentarischen Auftrag für diesen Einsatz weiß und im besten Falle den moralischen Rückhalt aus der Mitte der Gesellschaft spürt. Um dies zu erreichen, ist eine Beteiligung der Gesellschaft bei der Strategieentwicklung entscheidend.

Der Wunsch nach einer sicherheitspolitischen Debatte

In der nachfolgenden Podiumsdiskussion „Sicherheitskultur als Dialogkultur?“ stellte die Moderatorin und Schader-Preisträgerin Prof. Dr. Nicole Deitelhoff von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung die Frage, ob eine Demokratisierung der sicherheitspolitischen Debatte überhaupt gewünscht ist. Wäre nicht das Risiko, dass sachfremde Motive eine Rolle spielen und dass subjektives Sicherheitsempfinden zum Maßstab der Sicherheitspolitik wird, zu hoch?

Zwei Experten und zwei Laien sitzen gemeinsam mit ihr auf dem Podium:

Prof. Dr. Christopher Daase verweist darauf, dass die Unterscheidung zwischen subjektiven und objektiven Einschätzungen der sicherheitspolitischen Lage zwar nützlich, aber auch trügerisch sein kann. Expertinnen und Experten denken und handeln nicht nur rational und Laien sind nicht nur gefühlsgesteuert. Zudem sollten die sicherheitspolitischen Fachleute aus Wissenschaft und Praxis nicht einerseits eine breite öffentliche Debatte fordern und diese dann andererseits kritisieren, wenn ihnen die Stoßrichtung nicht passt. Darauf zu verweisen, dass die Debatte „zu gefühlig“ wäre, ist nicht zielführend. Nichtsdestotrotz ist ein gewisser Grad der Informiertheit, insbesondere ein Verständnis über die Dilemmata, die sich im sicherheitspolitischen Kontext auftun, notwendig.

Kjell Schmidt, der als sicherheitspolitischer Laie das Orientierungsseminar bei der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung besucht hatte, betont, dass auch und gerade Subjektives berücksichtigt werden muss. Zugleich empfindet er die Haltung in der deutschen Gesellschaft teilweise als verlogen und zu bequem: Man hält sich selbst zurück, während andere die „Drecksarbeit“ machen. Eine entsprechende öffentliche Debatte ist ihm sehr wichtig, insbesondere proaktiv, also sie vor den teilweise schnell nötig werdenden Einsätzen etwa zur Abwendung eines Völkermordes zu führen – als Beispiel fiel die von dem IS bedrohte Volksgruppe der Jesiden. Man sollte mit der Gesellschaft entwickelte Strategien haben, auf deren Basis man konkret über notwendig werdende Einsätze und Maßnahmen entscheiden kann.

Auch Ralf Becker, Mitglied der AG „Sicherheit neu denken“ der Evangelischen Landeskirche in Baden, setzt auf öffentlichen Austausch. Er stellt in immer wieder neuen gut besuchten Veranstaltungen das von der AG entwickelte Szenario vor. Aufbauend auf dem Aktionsplan für zivile Krisenprävention der Bundesregierung zeigt es mögliche Weiterentwicklungen der deutschen Sicherheitspolitik auf. Das Wunschscenario setzt auf mehr zivile Ansätze zur Krisenprävention und Konfliktschlichtung, auf militärische Abrüstung und den Aufbau eines polizeilichen Sicherheitssystems, ohne bei dieser Wende im sicherheitspolitischen Vorgehen die NATO zu verlassen. (https://www.ekiba.de/html/content/szenario_sicherheit_neu_denken.html)

Er bemerkt, dass die mediale Diskussion von Aufbau, Aus- und Aufrüstung der Bundeswehr viele Menschen dazu bewegt, mehr über Alternativen zu hören: Wie kann Deutschland „intelligent“ mehr internationale Verantwortung übernehmen mit zivilen Mitteln?

Katharina Borowski, als Studentin die Jüngste in der Runde und Teilnehmerin am Orientierungsseminar beim Zentrum Informationsarbeit in Strausberg, berichtet von ihren Erfahrungen durch das mehr an Informiertheit, die sie aus dem Orientierungsseminar mitgebracht hat. Letztlich, so ihr Fazit, macht das mehr an Wissen die Sache komplizierter. Die Komplexität und Vielschichtigkeit, auch die enthaltenen Dilemmata, sind durch das Seminar offen hervorgetreten. Zugleich sieht sie einen Generationenunterschied in der Wahrnehmung der Sicherheitslage in Deutschland. Die in Frieden und ohne das Bedrohungsgefühl des Kalten Krieges Aufgewachsenen blicken anders auf die Welt. So sieht sie zum Beispiel eine verstärkte Polizei eher kritisch: „dann doch lieber die Bundeswehr“.

Dass die Zeiten großer gesellschaftlicher Debatten vorbei sind, würde Christopher Daase nicht unbedingt so einschätzen. Aber unabhängig davon, ob man die Debatte als große öffentliche oder in kleineren Kreisen führt, eines ist wichtig: Man sollte sie führen, ohne Grundsatzpositionen („Ich bin generell gegen Militär“) einzunehmen, sondern an konkreten Fällen und durchaus kleinteilig über sicherheitspolitische Strategien diskutieren.

Nicole Deitelhoff betont zum Schluss, dass eine gesellschaftliche Sensibilisierung für die multiplen Bedrohungen notwendig ist, aber auch kein Weltbild erzeugt werden sollte, das nur Böses sieht.

Die Dialog-Cafés

In vier parallel laufenden Dialog-Cafés, unterschieden nach Farbmarkierungen, diskutierten im Anschluss vor allem die Laien. In jedem Dialog-Café fanden sich Personen aus allen Untergruppen der Laien: Sowohl die Erfahrungen aus den beiden Orientierungsseminaren als auch die jungen Perspektiven von Schülerinnen und Schülern waren an allen vier Tischen vertreten. Die Expertinnen und Experten versammelten sich in zweiter Reihe, kamen hin und wieder zu Wort, widmeten sich aber vor allem dem Zuhören.

Dieses ungewöhnliche Format wurde vielfach als Experiment empfunden, teilweise in Frage gestellt, teilweise mit positiven Erwartungen aufgenommen. Die im Anschluss an die Veranstaltung erhaltenen Feedbacks zeigen auf, dass auch im Nachhinein die Ansichten hier auseinanderklaffen. Das kann einerseits daran liegen, dass die Diskussionen in den vier Dialog-Cafés jeweils unterschiedlich ausfielen, andererseits daran, dass die bestehende Einstellung vorab auch eine Auswirkung auf die Beurteilung im Anschluss hatte.

So schrieb ein Experte im Anschluss: *„Insbesondere den Laien-Diskurs empfand ich – ähnlich wie die Erfahrungen mit rein mit ‚Laien‘ besetzen Planungszellen in der Stadtentwicklung – als sehr bereichernd, qualitativ hochwertig und von den Ergebnissen her auf ähnlich hohem Niveau, wie mit Fachleuten besetzte Runden gewöhnlich hervorbringen.“*

Eine Expertin vertrat eine gegensätzliche Meinung: *„Das Wissensniveau der ‚Laien‘ -zumindest in meiner Gruppe – war allerdings wie von mir erwartet sehr niedrig (viele Meinung ohne Faktenwissen und zum Teil Ideologie im Spiel). Dadurch, dass die ‚Experten‘ keine aktive Rolle hatten und ‚zuhören‘ sollten, konnten wir das Niveau auch kaum steigern.“*

Ein anderer Experte hingegen urteilte: *„Gleichzeitig hat die Runde deutlich gemacht, wie groß die Unterschiede, möglicherweise gar das ‚Gefälle‘ zwischen ‚Laien‘ und ‚Profis‘ sein kann, und dies hat mich in meiner Meinung bestärkt, dass bei der Vielzahl von wichtigen Themen (und nicht nur: politisch wichtigen Themen), die tagtäglich auf uns einströmen, der/die Einzelne als ‚Laie‘ immer nur eine bestimmte Tiefe erreichen kann und die ‚Profis‘ daher realistisch und demütig zugleich sein sollten, wenn sich ‚Laien‘ darauf einlassen, sich für einzelne Themen in dieser Weise zu öffnen.“*

Dialog-Café Rot: Wer oder was gefährdet die deutsche Sicherheitspolitik? Und: Welche Sicherheitspolitik wollen wir?

Moderation: Karen Lehmann, Schader-Stiftung

Bericht und Protokoll: Katharina Apfelbaum, Schader-Stiftung

Im Dialog-Café diskutieren vor allem sicherheitspolitische Laien miteinander. Die anwesenden Expertinnen und Experten sollen überwiegend in der Rolle des Zuhörers verbleiben und sich nur am Rande einbringen, zum Beispiel um aufkommende Fragen zu klären. In der ersten Runde des „roten“ Dialog-Cafés schätzen die Laien ein, wer oder was ihrer Ansicht nach die deutsche Sicherheit gefährdet. Nach einer Pause kommen die Teilnehmenden in einem zweiten Durchgang zusammen, um zu überlegen welche Sicherheitspolitik in Zukunft wünschenswert wäre.

Spannungen im westlichen Lager als Gefährdung für die deutsche Sicherheit

Das Dialog-Café startet mit der Frage, wer oder was die deutsche Sicherheit bedroht. Eine erste Antwort nennt hierbei den drohenden Bruch des nordatlantischen Bündnisses (NATO). Eine Teilnehmerin beobachtet, dass die USA, vor allem wegen des schwierigen Verhältnisses zum amerikanischen Präsidenten Donald Trump, als zunehmend unzuverlässiger Partner wahrgenommen werden. Daher müssten europäische Partner mehr investieren, um mehr Handlungsmöglichkeiten zu erlangen und unabhängiger von den USA zu werden. Dies wird aus Sicht einer der anwesenden Expertinnen aber zu wenig getan. Trotz der schwierigen Beziehung zu den USA sind multilaterale Bündnisse immer noch wichtig für Deutschland, um globalen Herausforderungen zu begegnen und die eigene Sicherheit zu garantieren.

Neue dynamische Komplexität der globalen Weltordnung

Die schwierige Beziehung zu den USA ist Teil einer umfassenderen Entwicklung auf globaler Ebene. Bündnisse, Verträge und internationale Organisationen werden vermehrt in Frage gestellt. Ein Experte aus Frankfurt sieht die Gefahr, dass internationale Organisationen wie die EU, NATO und die Vereinten Nationen ihre Funktionen verlieren könnten. Für einen Schüler stellt Aufrüstung eine Gefahr dar. Er veranschaulicht das mit der Kündigung des INF-Abrüstungsabkommen mit Russland durch die USA. Dies hat auch Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Europa, da internationale Abkommen wichtig sind, um ein Sicherheitsgefühl zu schaffen. Die Produktion von Atomwaffen bewirkt das Gegenteil.

Zudem gibt es moderne Formen der Konfliktaustragung wie Cyber-Attacken, die eine neue Gefährdung darstellen und die internationale Ordnung und Sicherheitslage verändern. So auch die Wahrnehmung einer Schülerin, dass Terrorismus eine neue Form der Bedrohung für die Sicherheit in Deutschland darstellt. Weniger bekannt ist ein Zukunftsprojekt der EU zur Terrorismusprävention, das ein Experte kurz vorstellt. Im Jahr 2021 soll die EES-Verordnung (Exit-Entry-System) umgesetzt werden. Von allen Personen, die in die EU einreisen wollen, werden dann Fingerabdrücke genommen sowie ein Lichtbild gemacht. Diese Verordnung ist allerdings komplex und schwer zugänglich, zum Beispiel durch fehlende Übersetzung, was den Übergang von einer „Laien“- zu einer mündigen Gesellschaft schwieriger gestaltet.

Innengesellschaftlicher Zerfall als Bedrohung

Auf einer abstrakteren Ebene gibt es ebenso Bedrohungen für die Sicherheitslage, die ihren Ursprung innerhalb von Gesellschaften haben. Eine Studentin vermutet, dass Konflikte durch innere Spaltung zunehmen. Ungleichheiten, wie beispielsweise die sozio-ökonomische Kluft innerhalb von Gesellschaften sowie Meinungsverschiedenheiten zwischen Generationen können diese Spaltung vorantreiben.

Unterschiede lassen sich bezogen auf die politische Grundbildung vieler Bürger beobachten. Deutlich wird dies durch die verbreitete Meinung in Deutschland, dass Russland und China mehr vertraut werden kann als den USA. Eine fehlende Faktenbasis sowie Emotionalisierung von Sicherheitspolitik vertiefen, so die Befürchtung eines Laien, Meinungsdivergenzen innerhalb der Gesellschaft zunehmend.

Eine Herausforderung stellt aus Sicht eines Politikwissenschaftlers eine mangelnde Diskussions- und Analysefähigkeit dar. Menschen sollten sich fragen, was gerade passiert und was der Hintergrund des Zerfalls internationaler Organisationen ist. Dabei ist sich die Gesellschaft nicht einig, was das Problem eigentlich ist. Ein anderer Teilnehmer kritisiert die Hervorhebung und breite Diskussion von negativen Ereignissen an sich, da so Bedrohungen erst erschaffen und konstruiert werden.

Wahrnehmung von Gefährdungen im Alltag

Bedrohungen des alltäglichen Lebens werden von den Teilnehmenden unterschiedlich eingeschätzt und wahrgenommen. Die steigende Präsenz bewaffneter Polizistinnen und Polizisten ist vor allem bei großen öffentlichen Veranstaltungen wie beispielsweise Weihnachtsmärkten auffällig, findet eine Teilnehmerin. Dabei wird durch eine Reihe von Beiträgen deutlich, dass das Bedrohungsgefühl bei solchen Veranstaltungen trotzdem gering ist. Eine Studentin findet, dass es im Alltag genügend andere bedrohliche Situationen, wie beispielsweise eine Autofahrt, gibt. Diese sind risikoreicher als der Besuch eines Weihnachtsmarktes und die damit verbundene Gefahr, Opfer eines Terroranschlags zu werden.

Unsicher fühlt sich die Studentin vor allem aufgrund der Politik in Deutschland. Sie hat den Eindruck, dass die Politik sich in den letzten Jahren ausgeruht hat. Unsere Gesellschaft kommt zudem in Anbetracht vielfältiger Veränderungsprozesse auf globaler und nationaler Ebene nicht hinterher. Auch der Klimawandel stellt eine reale Sicherheitsbedrohung dar, wird aber selten in der Gesellschaft als solche wahrgenommen.

Änderung der gefühlten Sicherheitslage

Ein älterer Teilnehmer beobachtet, dass es früher in einer bipolaren Welt noch ein Gefühl von Stabilität gab und Gefahren genau identifiziert werden konnten. Die Welt ist gefühlt unsicherer geworden, es gibt mehr kleine Kriege und Gemeinsamkeiten kommen abhanden. Deshalb gibt es auch zunehmend in der jüngeren Bevölkerung den Wunsch nach mehr Stabilität und teilweise auch nach einer autoritären Regierung. Ein anderer Teilnehmer findet hingegen, dass die heutige Welt nicht komplizierter und gefährlicher geworden ist, denn auch früher gab es Bedrohungen der Sicherheit. Dabei sollen die breite Bevölkerung und die sicherheitspolitischen Laien nicht unterschätzt werden, da sie durchaus eine Idee davon haben, was ihnen wichtig ist und was sie wollen. Sie lassen sich auch nicht schnell einschüchtern, was sich vor allem durch das Engagement vieler Freiwilliger für Geflüchtete gezeigt hat.

Ein Schüler vertritt die Meinung, dass ausgehend von politischen Gefühlen keine politischen Handlungen entstehen sollten. Gefühle sollten zwar ernstgenommen werden, aber es ist besser, Lösungen mithilfe von faktenbasiertem Wissen und Studien zu finden. Populisten bedienen sich dagegen der Ängste vieler Menschen und bieten vermeintlich einfache Lösungen an.

Rolle der Medien im sicherheitspolitischen Diskurs

Um sich ein Bild von der Sicherheitslage zu machen, spielt die Art und Weise der Informationsübermittlung eine zentrale Rolle. Darin ist sich die Runde einig. Auf der einen Seite werden die Berichterstattung der Presse über sicherheitspolitische Themen sowie der Umgang der Politik mit Informationen als Problem wahrgenommen. Denn in der Politik werden, so eine Einschätzung,

teilweise Nachrichtenmeldungen missbraucht, um eine Bedrohung aufrecht zu erhalten und bestimmte Themen für den Wahlkampf zu nutzen. Gleichzeitig geht Vertrauen in der Bevölkerung durch dieses Verhalten verloren und es erfolgt eine Distanzierung. Ein Teilnehmer findet es bedenklich, dass durch häufige, unnötig negative Berichte sich viele Bürger zu viele Sorgen machen. Dabei ist vor allem Resilienz für eine Gesellschaft wichtig. Daher sollten Debatten auch anders geführt werden und weniger negative Bilder der Welt vermittelt werden.

Auf der anderen Seite werden Medien als Spiegel der Meinungen der Masse gesehen und daher als authentisch und nicht dramatisierend. Eine als Pressesprecherin arbeitende Teilnehmerin betont, dass Medien als Kommunikatoren und Vermittler dienen und keinen didaktischen Auftrag haben.

Unsicherheiten und fehlender sicherheitspolitischer Kurs

Die Diskussion im Dialog-Café wendet sich der in Bevölkerung und Politik spürbaren Verunsicherung zu. Immer mehr Akteure treten hervor, das Konfliktverhalten hat sich geändert und die Globalisierung führt zu einer international stärkeren Vernetzung. Diese Situation macht es für den Westen schwieriger, eigene Konflikte zu lösen und er muss daher nach neuen Lösungen suchen. Eine Teilnehmerin ist der Meinung, dass Bürgerbeteiligungsprozesse vorangetrieben werden sollten, um gesellschaftlichen Konsens herzustellen. Dieser Konsens wird allerdings durch populistische Tendenzen in vielen europäischen Ländern erschwert, da Populisten, aus Sicht eines Laien, nicht konsenswillig sind. Ohne sicherheitspolitischen Konsens sieht ein Laie die Gefahr, dass Deutschland wegen mangelhafter Wehrhaftigkeit leichter politisch erpresst werden kann. Dabei ist es dem Teilnehmer wichtig, dass Deutschland auf Veränderungen der Weltkonstellation reagiert und Antworten parat hat. Einig sind sich die Teilnehmenden darin, dass Deutschland eine sicherheitspolitische Strategie sowie geeignetes Personal braucht, das sowohl über Expertise als auch über kommunikative und moderierende Fähigkeiten verfügt.

Einschätzung der zukünftigen Gefährdungslage

Die Moderatorin fragt die Teilnehmenden, wie sie die zukünftige sicherheitspolitische Situation Deutschlands einschätzen. Auch in Zukunft, so eine Antwort, bleiben grundlegende Herausforderungen bestehen und es wird immer Bedrohungen für die Sicherheit geben. Es gibt allerdings auch die Auffassung, dass diese Herausforderungen zunehmen werden und sich Krisen verschärfen. Zudem verschiebt sich die Gefahr vermehrt ins Internet: Cyberbedrohungen werden sich vermehren. Durch eine Reihe von Beiträgen wird deutlich, dass die gefühlte Sicherheitslage auch in Zukunft durch die Berichterstattung der Medien geprägt sein wird.

Bei allen Veränderungen auf internationaler Ebene stellt sich die Frage, wie mit ihnen umgegangen werden sollte. Eine Studentin hält es für notwendig, neue Methoden zu finden und alte anzupassen sowie proaktiver mit Herausforderungen umzugehen. Interessant findet ein Experte, dass die Vereinten Nationen ihre Redeweise geändert haben und nicht mehr von Krisen, sondern von Herausforderungen sprechen. Diese geänderte Wortwahl kann auch Verhalten ändern und Akteure optimistischer stimmen, positive Veränderungen bewirken zu können. Politische Handlungen sollten aktiv gestaltet und nicht nur von Krisen getrieben werden. Um dies umzusetzen schlägt der Experte ein Denken in Szenarios vor.

Diplomatie und Bündnisse als Grundpfeiler deutscher Sicherheitspolitik

In der zweiten Runde des Dialog-Cafés dreht sich das Gespräch um die Frage, welche Sicherheitspolitik wünschenswert wäre. Durch eine Reihe von Beiträgen wird deutlich, dass es für Deutschland weiterhin wichtig ist, seine Bündnisse zu pflegen und auf diplomatischer Ebene zu agieren. Eine Studentin hebt die Rede der Bundeskanzlerin auf der 55. Münchener Sicherheitskonferenz 2019 positiv hervor, da sie dort betonte, dass es nur gemeinsam mit anderen Ländern möglich ist, Herausforderungen meistern zu können. Insbesondere sollten die transatlantischen Beziehungen gepflegt und weiterentwickelt werden.

Auch die Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union wird diskutiert. Dabei wird PESCO (Permanent Structured Cooperation) erwähnt. Ein Angehöriger der Bundeswehr erläutert, worum es geht: Die Staaten der EU haben durch PESCO die Möglichkeit, in 34 verschiedenen Projekten zusammen zu arbeiten. Das Ziel besteht darin, europäische Streitkräfte von unten nach oben zusammenwachsen zu lassen, sodass idealerweise eine gemeinsame europäische Armee mit verschiedenen Uniformen entsteht. Auch in diesem Zusammenhang, so schließt er, ist es wichtig, sich Gedanken zu machen, inwieweit die Bundeswehr mit mehr Ressourcen ausgestattet werden sollte.

Haltungen zu Waffenexporten und Grenzsicherung

Waffenexporte sind ein kritisches Thema, nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch in der Runde dieses Dialog-Cafés. Formal müssen Waffenlieferungen in Länder außerhalb der NATO vom Wirtschaftsministerium genehmigt werden. Kritisiert wird die Intransparenz von Entscheidungen über Waffenexporte. Ebenso problematisch sehen Teilnehmende der Runde den Verkauf von Waffen an die Türkei, vor allem vor dem Hintergrund der Verletzung von Menschen- und Bürgerrechten im Land.

Ein Experte plädiert für eine europäische Innenpolitik, um vor unkontrollierten Flüchtlingsbewegungen gewappnet zu sein. Dabei ist es wichtig, Lösungen zu finden und eine europäische Migrations- und Asylpolitik zu entwickeln, um weniger abhängig von anderen Ländern wie der Türkei sein zu können. Zudem sollen Diskurse über Krisenmanagement im Inneren sowie Äußeren zusammengebracht werden.

Zusammenarbeit in der europäischen Union

Einige Teilnehmende finden es notwendig, eine europäische Identität zu schaffen sowie öffentlich zu kommunizieren, warum Europa wichtig ist, um Kooperation zwischen den europäischen Staaten zu erleichtern. Eine Reihe von Beiträgen verdeutlicht jedoch, dass der Mut und konkrete politische Gestaltungsideen fehlen. Der französische Präsident Macron hat zwar Verbesserungsvorschläge gemacht, andere europäische Staaten sind darauf allerdings nicht eingegangen. Positiv hebt ein Schüler Vernetzungen hervor, die durch Schüleraustausche entstehen und gleichzeitig Beziehungen zwischen den europäischen Staaten verbessern können.

Bezogen auf die Rolle Deutschlands in der EU merkt eine Expertin kritisch an, dass Deutschland auf der einen Seite Multilateralismus propagiert, jedoch auf der anderen Seite selbst Entscheidungen in der EU allein getroffen hat: beispielsweise während der Flüchtlingskrise, über North Stream 2 und das Zwei-Prozent-Rüstungsziel der NATO. Ein Laie stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, wie Nachbarstaaten Deutschlands auf eine entsprechend starke Aufrüstung reagieren würden, um das Zwei-Prozent-Ziel der NATO einzuhalten. Ein Angehöriger der Bundeswehr merkt an, dass Mehrausgaben für das Militär in Deutschland zunächst keine Aufrüstung bedeuten, sondern dass bestehende Lücken gefüllt werden. Jedoch sollte, so fährt er fort, die vorgeschriebene Höhe des Rüstungsziels der NATO hinterfragt werden.

Idee einer europäischen Verteidigungsarmee

Was halten die in diesem Dialog-Café versammelten Laien von der Idee einer europäischen Verteidigungsarmee? Die Etablierung einer europäischen Verteidigungsarmee wäre, so eine Einschätzung, zurzeit schwer umsetzbar. Die Nationalstaaten müssten sich erst politisch enger zusammenschließen und ein gemeinsames Interesse entwickeln. Im Moment sind kleine Schritte aber realistischer. Es würde sich die Frage stellen, wer eine solche gemeinsame Armee mandatiert und wie diese finanziert wird. Angemerkt wird, dass baltische Staaten um ihre Sicherheit besorgt sind, aber ein Zusammenlegen der Armeen in der EU dieses Problem nicht allein löst. Dass die Hürde für einen Krieg so hoch wie möglich liegen sollte, ist unbestritten. Dabei stellt sich die Frage, wann

überhaupt von einer kriegerischen Handlung gesprochen werden kann im Hinblick auf die Situation in der Ukraine und Attacken im Cyberraum.

Hinsichtlich der Rolle der Bundeswehr schlägt ein Laie vor, das Berufsfeld zu verbessern. Eine Wiedereinführung der Wehrpflicht wird allerdings abgelehnt, nur eventuell ein allgemeines Dienstjahr in Betracht gezogen. Generell ist laut einem Experten der Bundeswehr statt der Ausbildung von immer wieder wechselnden Wehrpflichtigen eine professionelle Ausbildung innerhalb der Bundeswehr wünschenswert, da Wehrpflichtige ohnehin nicht für internationales Krisenmanagement eingesetzt werden dürfen. Angesprochen wird zudem der Zwei-Plus-Vier-Vertrag, in dem die Personalstärke der deutschen Streitkräfte auf 370.000 Personen beschränkt ist.

Sicherheitspolitik der Zukunft

Mit Blick in die Zukunft wäre es für einen Teilnehmer wünschenswert, Sicherheitspolitik mit und nicht gegen Putin zu machen. Eine Expertin findet diesen Wunsch unrealistisch, da das Verhältnis zu Russland und Putin schwierig ist. Von Expertenseite wird auch argumentiert, dass in den letzten Jahren das Militär in Deutschland eher vernachlässigt wurde und sich der Rückzug der USA als Problem für Deutschland darstellt, für das es eine Lösung finden muss. Zudem rüsten Russland und China seit Jahren schon auf. Trotzdem fordert ein Schüler, dass sich der sicherheitspolitische Fokus von militärischen Mitteln lösen sollte, um eine mögliche Aufrüstungsspirale zu verhindern.

Dialog-Café Blau: Wer oder was gefährdet die deutsche Sicherheitspolitik? Und: Welche Sicherheitspolitik wollen wir?

Moderation: Anna-Lena Treitz, Schader-Stiftung

Bericht und Protokoll: Jens Hübertz

Gefahren für die deutsche Sicherheit

Die Reaktionen auf die Impulsfrage, was als größte Gefährdung der deutschen Sicherheit empfunden wird, sind im blauen Dialog-Café gleich zu Beginn der Runde überraschend vielfältig. Auffällig ist, dass sich die Antworten nicht auf einzelne in den Medien präsente Akteure beziehungsweise Länder wie Erdogan, Putin oder China konzentrieren, sondern sehr viel breiter gefasst auch technologische oder innenpolitische Entwicklungen in den Blick nehmen.

Ein Problem, in verschiedenen Formen benannt, betrifft die Einstellung der Bürger und Bürgerinnen selbst gegenüber ihrer eigenen Sicherheit und gegenüber sicherheitspolitischen Fragen. So wird eine mangelnde Resilienz in der Bevölkerung beanstandet, welche zu einer Irrationalität in sicherheitspolitischen Fragen führt. Eine Teilnehmerin gibt zu bedenken, dass in einer offenen Gesellschaft keine vollständige Sicherheit herrschen kann und das Verlangen hiernach dazu tendiert, ins Negative umzuschlagen. Entsprechend wird das Schüren von Hass und Angst in der Bevölkerung als große Gefahr für die deutsche Sicherheit genannt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer problematisieren also nicht äußere Bedrohungen, sondern Gefahren die aus dem sicherheitspolitischen Diskurs selbst entstehen können. Hier zeigt sich in der Runde gleich zu Beginn ein starkes historisches Bewusstsein dafür, dass Gefahr für die Freiheit und die Demokratie auch von innen kommen kann, und darüber hinaus eine tief verankerte Skepsis gegenüber starken staatlichen Sicherheitsorganen.

Über diese diskursive Ebene hinaus werden auch direktere Bedrohungen der deutschen Sicherheit durch feindliche Akteure genannt. Im Vordergrund stehen hierbei zum einen Autokraten und autokratische Systeme, zum anderen die Bedrohung durch Terrorismus, speziell durch den IS.

Bezüglich der Autokratien artikulieren die Teilnehmenden allerdings keine konkrete Sorge auf Grund einzelner Staaten (auch wenn Russland, China, die Türkei und auch die USA unter Trump wiederholt erwähnt werden), sondern begreifen das Erstarken von Nationalismus, Militarismus und geopolitischer Machtpolitik als momentan global anzutreffenden Trend. Entsprechend werden Sorgen vor einem weiteren Erstarken dieser Tendenzen innerhalb Deutschlands laut.

Konkreter wird die Diskussion allerdings in Bezug auf die Gefahr durch islamistischen Terrorismus. So schildern mehrere Personen, gerade kurz nach großen Anschlägen innerhalb Europas ein deutliches Unsicherheitsgefühl im öffentlichen Raum zu empfinden. IS-Rückkehrer sind die einzigen Personen, die eine Teilnehmerin als klar identifizierbares Sicherheitsrisiko benennt. Die Annahme, dass die Polizei nicht genügend Mittel hat, alle islamistischen Gefährder und Rückkehrer vollständig zu überwachen, löst bei einem Teilnehmer ein starkes Gefühl der Unsicherheit aus, trotz seines Wissens, dass das tatsächliche Risiko, in einen Anschlag verwickelt zu sein, in seinem Alltag extrem gering ist.

Daraufhin wird erneut über Resilienz und die Darstellung von Gefahren in den Medien diskutiert. Die Runde ist sich einig darin, dass die mediale Präsenz und die gesamtgesellschaftliche Bearbeitung von Themen starken Einfluss auf das eigene Sicherheitsempfinden haben, und zwar unabhängig von konkreten Bedrohungen. So gibt zwar die Mehrzahl der Personen in der Runde an, keine Gefahr für ihr Leib und Leben im Alltag zu empfinden, jedoch ein zunehmendes diffuses Gefühl der Unsicherheit zu spüren. Dies äußert sich beispielsweise in der Selbstbeobachtung einer Teilnehmerin, die während einer Bahnfahrt zum Essen ihr Taschenmesser herausholte und sich dabei unwillkürlich die Frage stellte, ob sie das heutzutage noch einfach so machen könnte.

Komplexität und Übersichtlichkeit der sicherheitspolitischen Lage

Im Laufe der Diskussion wird deutlich, dass das Gefühl einer zunehmenden Unsicherheit stark vom Eindruck einer kontinuierlich zunehmenden Komplexität von gesellschaftlichen und politischen Zusammenhängen geprägt wird. Demnach ist die Welt und die sicherheitspolitische Lage seit dem Ende des Kalten Krieges auf internationaler Ebene komplexer geworden. Die Intensivierung der Globalisierung, aber auch das Aufkommen digitaler Technologien schaffen sowohl neue gesamtgesellschaftliche Chancen als auch neue sicherheitspolitische Abhängigkeiten und Gefahren. Viele globale Phänomene, wie die Erderwärmung, Datensicherheit oder globale Produktionsketten, reichen in das Alltagsleben und Alltagsempfinden der Bürgerinnen und Bürger hinein.

Die Welt ist so nicht nur unübersichtlicher geworden, sondern verlangt von dem und der Einzelnen auch ein höheres Maß an Eigenverantwortung im Umgang mit Ressourcen, aber auch im Umgang mit einer immensen Anzahl an teils widersprüchlichen Informationen. So wird man sich in der Runde einig, dass die Welt für die Individuen in der Tat komplexer geworden ist, internationale Sicherheits-, Bündnis- und Verteidigungspolitik jedoch immer schon durch eine Vielzahl widerstreitender Interessen beherrscht wurde und man hier nur schwer von einer noch höheren Komplexität reden kann. Ein Diskussionsteilnehmer vermutet aber, dass das individuelle Gefühl einer erhöhten Verantwortung bei gleichzeitig erhöhter Komplexität bei vielen Menschen zu einem Ohnmachtsgefühl und einem erstarkenden Bedürfnis nach „einfachen Antworten“ führt. Genau hierdurch, durch die Stärkung populistischer und autokratischer Strömungen, werden auf Dauer letztendlich auch auf internationaler Ebene neue Konflikte erzeugt.

Neben diesen politischen Herausforderungen wird von vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern auch die technologische und ökonomische Entwicklung als Quelle eines Unsicherheitsgefühls benannt. Die rasanten und kaum transparenten Entwicklungen bezüglich dem Internet of Things (IoT), Blockchains, der Robotik oder der künstlichen Intelligenz lösen trotz der damit verbundenen Chancen Skepsis und Verunsicherung aus. Dies hängt damit zusammen, dass auch im Um-

gang mit bereits etablierten Technologien (wie dem Internet) der breiten Öffentlichkeit ein eher naiver und unreflektierter Umgang bescheinigt wird. So vermutet ein Teilnehmer, dass in der beschleunigten digitalen Kommunikations- und Medienwelt es schwerer ist, geteilte Öffentlichkeiten herzustellen und gesamtgesellschaftliche Debatten auf einer gemeinsamen Ebene zu führen.

Eventuell sind durch die neuen Medien jedoch auch nur die vorher bereits vorhandenen Spaltungen innerhalb der Gesellschaft stärker sichtbar geworden. Insgesamt besteht der Eindruck, dass die technische Entwicklung weitaus schneller voranschreitet als die notwendige gesellschaftliche Debatte, die diese begleiten sollte. Die damit verbundenen gesellschaftlichen Umbrüche und die natürliche Unwissenheit darüber, in welche Richtung sich Technologien weiter entwickeln werden, erzeugen ein latentes Gefühl der Unsicherheit und Ungewissheit der Zukunft gegenüber.

Darüber hinaus hat die Angreifbarkeit jeder Person in der vernetzten Gesellschaft zugenommen. So ist im 21. Jahrhundert die Frage nach dem Zugriff auf Daten und die Manipulation dieser als neuer Aspekt von Sicherheitspolitik entstanden. Der Staat kann hier nur bedingt Abhilfe schaffen. Es liegt hauptsächlich in der Verantwortung jedes und jeder Einzelnen, die eigenen Daten zu schützen und sich selbst zu sensibilisieren im Umgang mit Fake-News und Propaganda.

Die Teilnehmenden sind sich einig, dass reine Sicherheitspolitik nur teilweise eine Antwort auf die zunehmende Komplexität in diversen Lebensbereichen geben kann. In einer vernetzten, von gegenseitigen Abhängigkeiten durchzogenen Welt bedarf es eines systemischen Denkens, in welchem beispielsweise Wirtschaft, Finanzwesen, Ökologie und Sicherheit zusammen gedacht werden. Wie auch schon zu Beginn der Diskussion deutlich wurde, muss auch die Art und Weise, wie über Sicherheit und über internationale Beziehungen gesprochen wird, immer wieder hinterfragt werden.

Eine Frage der Generationen

Ein Aspekt tritt innerhalb der beiden Runden des Dialog-Cafés deutlich zu Tage: *Wie* über Sicherheit gesprochen wird, ist stark abhängig von dem sicherheitspolitischen Klima, in dem man sozialisiert wurde. So ist seit dem Ende des Ost-West Konflikts bereits eine komplette Generation im Frieden aufgewachsen. Es wird deutlich, dass die ältere Generation, die noch mit einem mehr oder weniger klaren Feindbild und der entsprechenden Bedrohung aufgewachsen ist, ein weniger abstraktes Bild von Sicherheitsgefährdungen hat. Die psychologisch wirksame, alltägliche Erfahrung, dass größere militärische Auseinandersetzungen jederzeit möglich sind und der Staat auch eine Schutzgemeinschaft ist, hat das Sicherheitsempfinden der älteren Teilnehmerinnen und Teilnehmer – natürlich jeweils auf unterschiedliche Art und Weise – nachhaltig geprägt.

Gerade die Jüngeren empfinden hingegen, dass das Schema von Freund und Feind sich in einer komplexer werdenden Welt in Auflösung befindet und stets reflektiert werden muss, inwiefern wir nicht selbst als Nation als Bedrohung wahrgenommen werden beziehungsweise für andere eine Bedrohung sind. Gerade die ökonomische Dominanz Deutschlands, gepaart mit dem Streben nach europäischer Hegemonie in Teilen der Elite, werden hier problematisiert. Es zeigt sich bei den jüngeren Teilnehmerinnen und Teilnehmern insgesamt eine viel stärkere kosmopolitische Wertebasis. Bei der Frage nach „deutscher Sicherheit“ stellte eine Teilnehmerin etwa fest, dass „deutsch“ für sie in der Regel überhaupt kein Bezugsrahmen politischen Denkens ist.

Die Erfahrung, ohne äußeren Feind und ohne die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung aufzuwachsen, wird jedoch in den letzten Jahren durch das aggressivere Auftreten Russlands, die militaristischen Bestrebungen Chinas und auch durch die zeitweisen Erfolge des IS für die jüngere Generation erschüttert. Entsprechend fragt sich ein älterer Teilnehmer, wie man den Jüngeren die Notwendigkeit nahe bringen kann, auch in vermeintlich angestaubten militärischen und staatlichen Kategorien zu denken.

In der Diskussion wird deutlich, dass in einer Welt im Umbruch beide Perspektiven, sowohl der Blick nach innen als auch nach außen, wertvoll sind. Es braucht mehr Formate, diese Perspektiven miteinander in den Dialog zu bringen, um sinnvoll über ein ganzheitliches Bild von Sicherheit debattieren zu können.

Was haben wir und was wollen wir?

Die zweite Runde des Dialog-Cafés wird mit der Frage eingeleitet, was nach der Einschätzung der Teilnehmenden die aktuelle Ausrichtung der deutschen Sicherheitspolitik ist. Hier wird deutlich, dass Deutschland von den Laien, als sicherheitspolitisch wenig relevant und wenig engagiert eingeschätzt wird. So wird etwa mangelnder Mut und Selbstbewusstsein in der Vertretung von internationalen Interessen beanstandet. Verschiedene Teilnehmerinnen und Teilnehmer finden wenig schmeichelhafte Bezeichnung für die gegenwärtige Lage der deutschen Sicherheitsarchitektur. Deutschland ist demnach „Praktikant der NATO“, der versucht ein bisschen mitzumachen und „es allen Recht zu machen“. Andere fügen hinzu, dass die deutsche Sicherheitspolitik reaktionsgetrieben und unvorbereitet und vor allem im militärischen Bereich von Mangelverwaltung geprägt ist. Hier schlagen sich vor allem die in den Medien breit geführten Diskussionen über den Zustand der Bundeswehr und die politische Debatte über die Notwendigkeit seitens Deutschlands, mehr militärisches Engagement zu zeigen, nieder. In diesem Kontext ist auch zu verstehen, dass ein Teilnehmer die in seinen Augen passive, diplomatische Sicherheitspolitik Deutschlands als problematisch und nicht im Sinne einer multilateralen Tradition bewertet.

Der einzige positive Gedanke, der diesen Negativbildern entgegengehalten wird, zielt eben auf diesen Aspekt der Sicherheitspolitik ab: Deutschland versucht in seiner Sicherheitspolitik einem erweiterten Sicherheitsbegriff Rechnung zu tragen. So ist Deutschland durch den vernetzten Ansatz auf einem guten Weg, Sicherheit weg vom Freund-Feind-Denken hin zu einer Betonung von gemeinsamen Interessen zu entwickeln. Eine solche Sicherheitspolitik, die nicht ausschließlich auf das Militär setzt, ist auf Langfristigkeit und Deeskalation ausgelegt und gerade in der aktuellen Zeit unverzichtbar.

Bei der Frage danach, welche Sicherheitspolitik die Teilnehmenden wollen, gibt es insgesamt den klaren Wunsch, dass Sicherheitspolitik als eingebettet in andere politische und gesellschaftliche Bereiche begriffen werden muss. Fragen nach gemeinsamen Werten stehen im Vordergrund der Diskussion, sowohl als Grundlage eigener Politik als auch als Grundlage für internationale Bündniskoooperation. Inwiefern müssen geopolitisch relevante Bündnispartner unsere Werte teilen? Was sind unsere Werte überhaupt? Geteilte Werte wie Demokratie und Freiheit werden von den Teilnehmenden als Schutz vor rein strategischen und opportunistischen Akteuren begriffen. Die Diskussion wird bestimmt von der Angst einer Rückkehr militärischer Machtpolitik mit unsteten und unzuverlässigen Bündniskonstellationen. In der Folge wird eine noch klarere Ausrichtung von Sicherheitspolitik an gemeinsamen Werten gefordert.

Exit-Strategien und Wertebasis

Doch was ist, wenn langjährige verlässliche Partner augenscheinlich nicht mehr die Werte teilen und vertreten, die in der Runde als so grundlegend empfunden werden? Im Lauf der Diskussion kommt wiederholt diese Frage in Verbindung mit der Frage nach eventuellen Exit-Strategien auf für den Fall, dass multilaterale Bündnisse zerbrechen. Inwiefern ist es notwendig, im Notfall alleine bestehen zu können?

Was kann „alleine bestehen“ überhaupt bedeuten? Und kann es etwas wie eine *eigene* Sicherheit überhaupt geben? Eine autarke Sicherheitspolitik, durch welche Deutschland in der Lage wäre, auf sich allein gestellt Landesverteidigung zu leisten, bedürfte im Ernstfall einer ebenso autarken

Ressourcen- und Energiepolitik, so eine Antwort. Im Zeitalter der Globalisierung ist eine solche zumindest kurz- bis mittelfristig nicht möglich. Des Weiteren müssten die Militärausgaben Deutschlands im Zuge einer solchen Strategie enorm erhöht werden, gab einer der Experten zu bedenken.

In der Diskussion wird deutlich, dass aufgrund der gesamtgesellschaftlichen Kosten und aufgrund der Signale, die dies sowohl an die jetzigen Bündnispartner als auch an potenzielle Gegner senden würde, sich eine autarke Sicherheitsstrategie Deutschlands verbietet. Auch die Expertinnen und Experten betonen, dass Sicherheitspolitik für Deutschland, wie für die meisten sogenannten Mittleren Mächte, nur Bündnispolitik sein kann. Eine Exit-Strategie für den Zerfall der NATO oder der EU kann demnach nur in der Schließung neuer Bündnisse im Konfliktfall bestehen. Solche Bündnisse können erstens als solche nicht im Vorfeld geplant werden und bedeuten zweitens die Rückkehr kurzfristiger Macht- und Bündnispolitik, die zu Recht von allen Teilnehmenden als Rückfall in ein militaristisches Zeitalter befürchtet wird.

Dennoch bleibt die Frage bestehen, inwieweit dauerhafte Bündnisse in Zeiten, in denen diese teilweise zerbrechen, alleiniger Anker der Sicherheitspolitik sein können. So zeigt sich, dass viele der Teilnehmer und Teilnehmerinnen sowohl die NATO als auch die EU als Wertegemeinschaft begreifen. Vor diesem Hintergrund werden die politischen Entwicklungen in den USA und der Türkei, aber auch in Polen und Ungarn problematisiert.

Daraufhin wird in der Runde über das Wesen eines sicherheitspolitischen Bündnisses gesprochen. Welche Interessen und historischen Hintergründe hat der jeweilige Bündnispartner und was muss man als Land auch selbst in einem Bündnis zu geben bereit sein? Impliziert ein Bündnis automatisch eine Freundschaft zwischen den betroffenen Staaten? Ein Einwand zu diesem Thema gibt zu bedenken, dass gerade Sicherheitsinteressen von Nützlichkeitsabwägungen bestimmt werden und werden müssen. Auch die USA verstoßen beispielsweise mit der Durchführung der Todesstrafe gegen Grundwerte der deutschen Verfassung, dennoch sind sie ein verlässlicher und nicht verzichtbarer Bündnispartner.

Aus diesem Grund wird wiederholt die Forderung erhoben, dass Deutschland nicht mit dem moralischen Zeigefinger unrealistische Forderungen sowohl an seine eigene Sicherheitsarchitektur als auch an seine Bündnispartner stellen sollte. Vielmehr sollte auch in der Öffentlichkeit versucht werden, unterschiedliche Nationen und staatliche Systeme historisch und kulturell zu verstehen und ein Stück weit zu akzeptieren, da man aufeinander angewiesen ist. Im Laufe der Diskussion hat sich so der schwierige Balance-Akt offenbart, dass gute Außen- und Sicherheitspolitik einerseits wertorientiert, andererseits aber auch interessenorientiert handeln muss.

Die Bundeswehr und Deutschlands Rolle als Bündnispartner

Unabhängig davon, woran sich die deutsche Sicherheitspolitik letztlich ausrichtet, bestimmt auch die Fähigkeit Deutschlands, seine strategischen Prioritäten auch umsetzen zu können, weite Teile der beiden Runden des Dialog-Cafés.

Die Mehrzahl der Teilnehmenden ist sich einig, dass die Bundeswehr gestärkt werden muss, um in Bündnissen zum einen als glaubwürdiger, zum anderen als verlässlicher Partner wahrgenommen zu werden. Wiederholt äußern Personen in der Runde den Eindruck, dass Deutschland dies zum jetzigen Zeitpunkt nicht ist und daher nicht ernst genommen wird. Für einen Teilnehmer der Runde ist die Frage der qualitativen Ausrüstung der Bundeswehr auch eine Frage der gesellschaftlichen Solidarität und Anerkennung den Soldaten und Soldatinnen gegenüber. Bezüglich des Ausmaßes der Aus- und Aufrüstung ist sich die Runde einig, dass von Deutschland keine Bedrohung ausgehen sollte, allerdings Deutschland sowohl im Rahmen der Bündnisverpflichtungen als auch

im Rahmen der EU und UN seine Fähigkeiten ausbauen und diese auch zuverlässig zur Verfügung stellen können sollte. (O-Ton: „Man sollte mindestens das können, was man behauptet zu können.“)

In diesem Rahmen zeigen sich einige Teilnehmer der Runde besorgt in Bezug auf die *zivilen* Fähigkeiten zur Landesverteidigung. Im Gegensatz zu Zeiten des Kalten Krieges gibt es keine flächendeckenden lokalen Vorsorgestrukturen mehr, wie die Krisen-Bevorratung oder die Schulung von zivilem Personal. In der Runde wird die Bedrohung durch eine tatsächliche Verletzung des deutschen Territoriums allerdings stark in Frage gestellt und außerdem zu bedenken gegeben, welches Signal gerade Deutschland damit senden würde, wenn es ohne eine akute Invasionsbedrohung zivile Krisenvorbereitungen größeren Ausmaßes treffen würde.

Aus dem Kreis der Experten heißt es, dass sich die Frage der Landesverteidigung ohnehin nicht für Deutschland allein, sondern eher für Europa als Ganzes stellt. Europa ist in der derzeitigen Strukturierung der NATO noch stark abhängig von den USA und nicht unbedingt in der Lage, lokale Krisen im europäischen Einflussbereich alleine zu lösen. Diese Abhängigkeit der EU von den USA zumindest ein Stück zu lockern, sollte Ziel europäischer Verteidigungspolitik sein.

Welche Rolle Deutschland in dieser europäischen Verteidigungspolitik einnehmen könnte, wird ebenfalls im Laufe beider Runden des Dialog-Cafés immer wieder besprochen. So sahen einige der Teilnehmenden die Chance für Deutschland hier eine Führungsrolle in der EU einzunehmen. Von anderen wird diese Forderung, gerade in Hinblick auf die bereits bestehenden Hegemonie-Vorwürfe gegenüber Deutschland, jedoch relativiert: Deutschland sollte seine Stärke vielmehr nutzen, um eine Moderatoren- und Mittler-Rolle innerhalb der EU einzunehmen. Andere Teilnehmenden äußern jedoch die Sorge, dass sich die Rolle eines Moderators nur schwer mit einer klaren außen- und sicherheitspolitischen Linie verbinden ließe. Doch auch dann ist ein starker Moderator in einem Vielstaaten-System nun einmal notwendig, so eine Teilnehmerin. Deutschland sollte nicht als Hegemon wahrgenommen werden, sollte aber zusammen mit Frankreich Impulse für Gesamteuropa geben. So ist die Rolle des um Ausgleich bemühten Mittlers vielleicht auch historisch die angemessenste Rolle eines starken Deutschlands in einem starken Europa. Hier stellt sich auch die Frage, inwieweit Deutschland auf die Durchsetzung eigener Interessen zum Wohl Gesamteuropas verzichten muss oder sollte.

Dialog-Café Gelb: Wer oder was gefährdet die deutsche Sicherheitspolitik? Und: Welche Sicherheitspolitik wollen wir?

Moderation: Dr. Kirsten Mensch, Schader-Stiftung

Bericht und Protokoll: Frauke Taake

Cybersecurity: Subjektive versus objektive Bedrohungslage

Als einen zentralen Aspekt der Sicherheitsbedrohung Deutschlands nennen die diskutierenden Laien im Dialog-Café Gelb die Cybersecurity, die als lückenhaft und insbesondere im Vergleich zu den Fähigkeiten anderer Staaten wie den USA, Russland oder China als mangelhaft diskutiert wird. Die konkrete Bedrohungslage im alltäglichen Leben entsteht durch einen potentiellen Angriff auf Infrastrukturen wie Krankenhäuser, öffentliche Verkehrsmittel und große Teile öffentlicher Versorgungswerke, die stark digitalisiert sind. Auch bei zukunftsorientierten Konzepten von Elektromobilität, geprägt durch autonomes Fahren, zeigt sich schnell, welche lebensgefährliche Auswirkungen ein unter Umständen einfach zu bewerkstelliger Hackerangriff besitzen kann. Das Charakteristische und gleichsam Tückische an dieser Art von Bedrohungslagen stellt die Unvorhersehbarkeit dar, mit der Angriffe auf digitale Systeme einhergehen. Bedrohungen der digitalen

Alltäglichkeit werden erst potent und konkret, wenn sie tatsächlich als Angriff eintreten. Die subjektive Wahrnehmung unterscheidet sich damit von der objektiven Bedrohungslage. Bezeichnend ist für die Sicherheitslage der digitalen Welt demnach, dass die subjektive Wahrnehmung der vermeintlich sicheren Situation, empfindlich durch die objektive Lage – nämlich durch die Sensibilität und Angreifbarkeit unserer digitalen Systeme – gestört ist.

Auch die eigenen persönlichen Daten sind von dieser Angreifbarkeit betroffen. Ein Teilnehmer betont, dass er insbesondere seine Privatsphäre als bedroht sieht. Dies ist nicht nur auf Einzeltäter zurückzuführen, sondern auch Staaten schöpfen die Daten anderer Staaten ab und damit auch die Daten derer Bürger. Das Problem, so eine Meinung, muss nicht aus der Datensammelwut des eigenen Staates resultieren. Problematisch wird es erst dann, wenn der deutsche Staat die Sicherung der gesammelten Daten nicht garantieren kann. Aktuell ist unklar, welche Staaten, Institutionen oder Personen sich Zugang zu privaten Daten verschaffen, da der deutsche Staat kaum feststellen kann, ob und durch wen er ausspioniert wird. Fast scheint es ein Wettrennen zwischen den USA, China und Russland zu geben, das mit der größten, fortschrittlichsten und bestausgerüsteten Hackerarmee gewonnen wird. Deutschland, so sind sich die Teilnehmenden einig, bleibt hier auf der Strecke und riskiert damit nicht nur die Preisgabe der Privatsphäre seiner Bürgerinnen und Bürger, sondern auch die Wehrhaftigkeit seiner digitalen Systeme im Allgemeinen. Der Schutz und die Sicherung von Daten ist schon lange nicht mehr nur ein ideelles Ziel, sondern stellt ein Werkzeug von und zur Macht dar, betont ein Teilnehmer. Es ist heute auch für Unternehmen genauso wie für Staaten von großer Bedeutung, riesige Mengen von Daten zu sammeln und damit einen Informationsvorsprung zu erhalten. „Wissen ist Macht“ erhält vor diesem Hintergrund eine neue Konnotation, insbesondere wenn es bei dem Wettlauf darum geht, selbst enge Bündnispartner möglichst geschickt auszuspionieren.

Als andere Faktoren der Gefährdung der deutschen Sicherheit wurden der Terrorismus und die Bedrohung der Wirtschaftskraft Deutschlands genannt. Diese fanden aber in der Diskussion im Gegensatz zum folgenden Aspekt keinen größeren Widerhall.

Sicherheitsbedrohungen durch den Klimawandel

Eine starke Gefährdung der Sicherheitslage Deutschlands sieht eine Teilnehmerin im Klimawandel, der in seiner nachdrücklichen und langfristigen Auswirkung auf das alltägliche Leben und den Status Quo der Lebensqualität nicht in Frage zu stellen ist. Der Umgang mit dem Klimawandel selbst und mit dessen Auswirkung ist jedoch in der Runde der Diskutierenden strittig. So beschreibt ein Wortbeitrag, dass der Klimawandel zwar eine schnelle, unbürokratische und handlungsfähige Entscheidungsinstanz benötigt, diese aber mit den Charakteristika des deutschen demokratischen Systems kaum zusammenzubringen ist. Restriktivere und weniger demokratische politische Systeme haben insofern einen Vorteil, da sie eine weniger komplexe und lange Entscheidungskette besitzen, damit auch reaktionsfreudiger sind. Im Plenum wird hierauf entgegnet, dass solche Systeme möglicherweise dynamischer reagieren können, dies tatsächlich aber nicht tun. Schwellenländer, die tendenziell einen geringeren Wert auf dem Demokratieindex aufweisen und damit zumindest potentiell restriktiver agieren, haben weniger Anreize klimaneutral zu wirtschaften. Wie auch in der westlichen Welt in vergangenen historischen Phasen werden Ressourcen rücksichtslos ge- und verbraucht, um die Schwelle zum Industriestaat schnellstmöglich zu übertreten. Die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes zu Gunsten einer klimaneutralen Wirtschaft eines Entwicklungs- oder Schwellenlandes zu gefährden oder sogar zurückzuwerfen, so der Redner weiter, kann nur schwer erwartet werden.

Diesen Beitrag stützt die geäußerte These, dass dynamische und schnelle Entscheidungen nicht zwingend die besseren sein müssen. Insbesondere bezüglich des Klimawandels, dem sehr komplexe Verflechtungen zugrunde liegen, ist es nicht ratsam, schnelle und möglicherweise überhas-

tete Entscheidungen zu fällen. Namentlich solche Entscheidungen, die zu Lasten der wirtschaftlichen Stabilität Deutschlands gehen und wiederum selbst eine Bedrohung der Sicherheitslage hervorrufen können. Die Eingrenzung des Klimawandels, so der Teilnehmer, ist wichtig, allerdings darf es mittel- und langfristig nicht zu einer Schwächung der deutschen Wirtschaft kommen. Mehr Klimaschutz, so ein darauf antwortendes Gegenargument, muss nicht zwangsläufig zu einer geschwächten Wirtschaft führen. Tatsächlich kann und muss ein Ausgleich bewirkt werden, wenn Arbeitsplätze wegfallen und neue Stellen in Nischen und im Bereich der neuen Energien geschaffen werden. Weiter wird betont, dass die Frage nach Investition in den Klimaschutz *oder* Wirtschaftlichkeit die falsch gestellte Frage ist. Die deutsche Wirtschaft muss vielmehr betrachtet werden als abhängig von erneuerbaren Energien und neuen Konzepten von Mobilität. Die Frage muss demnach lauten, wie Deutschlands Wirtschaft im Rahmen des Klimaschutzes einen Anteil an Innovation und Fortschritt erhält, um auch im internationalen Vergleich konkurrenzfähig zu bleiben.

Ein weiterer Beitrag betont, dass die Reaktion auf den Klimawandel nicht optional, sondern zwingend ist. Der Klimaschutz ist insofern ein Sonderfall der politischen Entscheidung, als dass es kein präventives Zutvorkommen mehr geben kann und es ausschließlich um potente Handlungsstrategien geht, die auf Wirksamkeit und nicht auf Wirtschaftlichkeit ausgelegt sind. Viele Facetten der Folgen einer Klimaerwärmung wie etwa Flüchtlingsbewegungen schränken den politischen Handlungsspielraum ein und Handlungszwänge nehmen zu. Deutlich wird, dass es wohl kaum komplexere Themenfelder gibt und die Klimakrise mit ihren ab- und unabsehbaren Folgen wie Klimaflüchtlinge und Innovationswellen schwer zu überblicken ist. Akteure und Interessen, die Lösungen einfordern oder aber diese behindern, sind unterschiedlicher Couleur, wobei insbesondere im Kontext der Energiewende wirtschaftliche Interessen den dominierenden Ton angeben, schließt ein Kommentar diese Diskussion ab.

Informationskomplexität und Populismus

Je komplexer Bedrohungslagen und deren Lösungen werden, desto schwieriger wird es, sich adäquat zu informieren und sich über die Lage eine Meinung zu bilden. Das Internet als Informationsquelle wird hier von einer Teilnehmerin zugleich als Fluch und Segen beschrieben. Es ist zumindest für die westliche Welt frei zugänglich und es besteht die Möglichkeit auf unterschiedlichste Quellen zuzugreifen. Diese Quellen jedoch zu überprüfen, wird mit komplexer werdenden Zusammenhängen zunehmend schwerer. Es scheint, als ob insbesondere die jungen Diskutierenden sich bewusst sind, dass die Überprüfung der dargebotenen Informationen kaum noch zu bewerkstelligen ist. Hiermit entsteht eine neuartige Bedrohung der Sicherheitslage. Verunsicherung bezüglich Informationen und deren Glaubwürdigkeit ruft populistische Lösungsansätze auf den Plan, die insbesondere mit ihrer Komplexitätsreduktion werben. Laut eines Beitrags in der Runde wird der Aufruf: „Es ist ganz einfach, folgt mir nach! Ich habe die Lösung“, nicht nur mit anwachsender Häufigkeit salonfähig, sondern für viele Menschen attraktiver. Denn so wird dem Menschen die Möglichkeit gegeben, einen sehr aufwendigen und im Zweifelsfall unangenehmen Prozess der Meinungs- und Wissensbildung abzugeben oder zumindest abzukürzen. Für die Sicherheitspolitik spielt dieser Mechanismus im Besonderen eine Rolle, da die Zusammenhänge im Detail kaum für Laien aufbereitet werden und dieses Politikfeld für sein Expertentum berühmt ist. Die Möglichkeiten des Informationserwerbs sind zahllos, Fakten jedoch historisch, politisch und sozioökonomisch derart miteinander verwoben, dass eine schnelle Übersicht und selbstbewusster Durchblick kaum erreicht werden können. Laien haben es hier schwer, falsch Dargestelltes oder Interpretiertes als solches zu erkennen und selbst Expertinnen und Experten sind nicht davor bewahrt, falscher Berichterstattung oder dem suggestivem Einsatz von Informationen zu erliegen.

Außerdem, so ein ergänzender Kommentar, ist nicht so sehr das fehlende Wissen der Menschen problematisch. Das Desinteresse an politischen Themen zum Beispiel am Klimawandel oder an Sicherheitspolitik im Allgemeinen, ist das Problem, wenn es um die Entwicklung eines tieferge-

henden Verständnisses von komplexen Zusammenhängen geht. Dafür ist es ebenso nötig, eine gewisse Konflikt- und Krisenresilienz zu entwickeln. Dies soll nicht etwa bedeuten, sich an gewalttätige und sicherheitsbedrohende Situationslagen zu gewöhnen, aber doch soweit Verständnis für Konfliktynamiken entwickelt zu haben, um sich in ihnen orientieren zu können.

Welche Sicherheitspolitik wollen wir?

Was hat die frühere Sicherheitspolitik geprägt und welche Unterschiede gibt es zu heute?

Im Gegensatz zu den rauen Zeiten des Kalten Krieges hat Sicherheitspolitik heute andere und verschobene Themenfelder. Die Frage nach der Veränderung von damals zu heute wird von vielen Kommentaren mit der Zeit des Kalten Krieges in Bezug gebracht. Sicherheitspolitik heute richtet sich nicht mehr nach der Logik dualer Machtmonopole aus. Charakteristisch ist heute im Gegenteil die Diversifikation von Macht-, Akteurs- und Interessenstrukturen, die das sichere Agieren in Bedrohungslagen noch komplexer machen.

Vor allem – und nicht nur von der älteren Generation in der Runde - wird als Gegensatz zu heute betont, dass es in den polarisierenden Zeiten des Kalten Krieges einfacher war, politische Debatten in der Bevölkerung zu etablieren. Teil daran hatten starke, aber meinungspaltende Persönlichkeiten, wie Franz Josef Strauß, der vehement für eine starke Aufrüstung der Bundeswehr eintrat. Das, was heute als Kalter Krieg bezeichnet wird, war nicht ausschließlich ein politischer Zustand: Der Dualismus pflanzte sich so stark in die Bevölkerung ein, dass er als eigene Sozialisationsinstanz wirkte. Sicherheitspolitik von heute vermag nicht auf gleiche Weise zu politisieren. Das mag auch daran liegen, so wird ergänzt, dass die aktuelle deutsche Sicherheitspolitik nicht derart präsent und allgegenwärtig ist. Im Kalten Krieg war Sicherheitspolitik eng mit dem NATO-Kontext verbunden. Heute allerdings, so ein Diskutant, haben Bundeswehreinheiten nicht mehr den dominierenden Bezug zur Landesverteidigung im Bündnis der NATO, sondern haben den Charakter intervenierender Missionen im Ausland erhalten. Territoriale Bedrohungen Deutschlands nehmen, so die Wahrnehmung, eine verschwindend kleine Rolle ein.

Polarisationsfaktor Bundeswehr

Als starker Kontrast zu der Zeit der Aufrüstung im Kalten Krieg wird in mehreren Beiträgen die Aussetzung der Wehrpflicht und Einsetzung einer Berufsarmee hervorgehoben. Damit einhergehend, wird die auch in den Medien seit einigen Jahren sehr präsente Kritik der großen Materiallücken in der Bundeswehr genannt. Dabei stellt sich ein Teilnehmer die Frage, was im Gegensatz zu früher heute mit dem materiellen und personellen Status Quo der Bundeswehr noch leistbar ist. Es handelt sich bei diesem Mangel nicht allein um einen simplen Versorgungsengpass, sondern um eine echte Gefährdung der Soldaten und Soldatinnen, die im Auslandseinsatz sind.

Mit der Aussetzung der Wehrpflicht entstehen zunehmend Probleme, junge Menschen für die Bundeswehr zu begeistern und Nachwuchs zu fördern. Die Runde fragt sich, welche Schritte die Bundeswehr einleiten müsste, um einen stabilen Zuwachs garantieren zu können und als gestärkte Institution aus einer Reform hervorzugehen.

Einigkeit besteht in der Diskussion im folgenden Punkt: Die Bundeswehr müsste wieder fest in der Mitte der Gesellschaft verankert werden und dort mithilfe von Aufklärungsmaßnahmen Jugendlichen ein transparentes Informationsangebot bieten. Nach Meinungen einiger Beitragender sollte auf plakative und realitätsverzerrende Werbung verzichtet und der Fokus auf den Ruf eines exzellenten Arbeitgebers gesetzt werden. Um verschiedene Zielgruppen zu erreichen, muss die Bundeswehr als attraktiv gelten und muss ihr zwiespältiges, in manchen Kreisen als anrüchig geltendes Image ablegen. Damit dies gelingen kann, sollten, so ein Wunsch, plumpe Werbemaßnahmen argumentativen Diskussionen weichen, die im Kern ehrlich geführt werden und auch Verfehlungen aufwerfen müssen. Um sich zu erneuern, so ein Kommentar, muss beispielsweise über Sexismus

und Rassismus in der Bundeswehr diskutiert werden. Einerseits könnte so Transparenz um bestehende Probleme ermöglicht und andererseits Lösungsansätze für die Zukunft geschaffen werden. Nur so kann Glaubwürdigkeit entstehen, die den schal gewordenen Ruf der Bundeswehr in sein Gegenteil zu wenden vermag.

Es bestehen außerdem Argumente für die Wiederaufnahme der Wehrpflicht. Sicherlich muss der Wehrdienst als solcher in seinem Konzept überdacht werden, allerdings würden mit ihm Nachwuchsprobleme gestoppt und auch der Zivildienst wieder eingeführt werden, so eine Wortmeldung. Diese Verpflichtung zu einem sozialen Dienst ist in höchstem Maße persönlichkeitsformend und auch dessen gesellschaftlicher Wert kann kaum überschätzt werden.

Bezüglich der Frage nach Lösungsansätzen für den Reformstau in der Bundeswehr spaltet sich das Plenum in zwei Lager. Auf der einen Seite wird nicht nur die qualitative Ausrüstung für nötig gehalten, sondern auch die quantitative Aufrüstung: die Zielvereinbarung der NATO zu Aufwendung von 2% des BIP vor Augen. Das Argument hierfür ist der enorme Reformstau, der sich auf allen Ebenen der Bundeswehr bemerkbar macht. Beschränkt sind die massiven Defizite nicht allein auf Infrastruktur und Material, sondern auch auf der Ebene der Unternehmenskultur. Mit der Aufrüstung muss ebenso eine großangelegte Umstrukturierung in Angriff genommen werden, damit keine der beiden Maßnahmen ungesteuert ins Leere läuft. Ein Beitragender beschreibt die Bundeswehr als eine „halb-gare“ Institution, die zwar ausreichend Ressourcen besitzt, um überhaupt tätig zu werden, allerdings zu wenig, um tatsächlich gut und effektiv funktionieren zu können. Dieser Zustand kann nur mithilfe grundlegender Maßnahmen verändert werden, die in Anbetracht der Größe der Aufgabe, sehr teuer sind. Eine Sparmentalität ist ohnehin fehlgeleitet, so ein Argument. Denn staatliche Maßnahmen sind immer teuer und so Einsatzfähigkeit, Robustheit und ständige Ansprechbarkeit einer staatlichen Institution gewährleistet werden sollen, muss dementsprechend viel auf allen Ebenen investiert werden.

Das Meinungslager der anderen Seite argumentiert zwar ebenfalls für eine qualitative Ausrüstung der Bundeswehr. Allerdings wird hier die Überzeugung verteidigt, dass genug Geld vorhanden ist und bereits eingespeist wird, jedoch die institutionelle Struktur und kulturelle Führung der Bundeswehr den Kern des Problems bilden. Mit der richtigen Struktur und einer stringenten Führung ist mit den bisherigen finanziellen Ressourcen gut auszukommen, so die These. Insbesondere der jüngeren Generation stellt sich in diesem Kontext die Sinnfrage: Sie zeigt Unverständnis dafür, dass der große gesellschaftliche Reichtum, der bis dato in die Bundeswehr geflossen ist, denkbar schlecht genutzt wurde.

Wollen wir uns selbst verteidigen können? Nein!

Der Anspruch, für die deutsche Sicherheit allein sorgen zu wollen, ist unangebracht. Dieser Kommentar möchte deutlich machen, dass Alleingänge in der heutigen stark vernetzten und globalisierten Welt unangemessen sind und nicht zielführend sein können. Vielmehr muss der Anspruch darin bestehen, Sicherheit durch internationale Strategien, Prävention und der Deeskalation von Konflikten zu gewährleisten. Nachhaltig sind allein internationale Lösungsansätze, die den Begriff der Sicherheit in seiner Komplexität ausloten und dem Ziel des Friedens unterordnen. Deutschland steht im Besonderen aufgrund seiner historischen Hintergründe in der Pflicht, Frieden zu verteidigen, zu sichern und als oberste Direktive zu betrachten.

In der Runde ist man sich darüber einig, dass es eine große Aufgabe deutscher Sicherheitspolitik sein muss, die Stärkung der Bündnisse voran zu treiben. Diese Stärkung darf nicht auf eine militärische Dimension beschränkt bleiben, sondern muss neben dem NATO-Bündnis, den Fokus auf das EU-Bündnis setzen. Das Verhältnis zu einigen ehemals engen Partnern wie den USA hat sich in den vergangenen Jahren verändert und ist zunehmend aufgeweicht. Dies muss eine stärkere

Konzentration auf EU-Bündnisse zur Folge haben, auch was eine militärische Zusammenarbeit angeht. Kritisiert wird hier, dass bisher keine infrastrukturelle Vereinheitlichung insbesondere bei der Materialbeschaffung stattgefunden hat, sondern trotz vieler Gemeinsamkeiten der EU-Partner noch jedes Land auf seine eigene und spezifische Ausrüstung besteht. Wünschenswert, so der O-Ton, ist eine innereuropäische Armee, die arbeitsteilig funktioniert und einem grundsätzlich bündnisorientierten Konzept zugrunde liegt.

Im Rahmen des EU-Bündnisses ist es für Deutschland einfacher, Akzente in der Sicherheitspolitik zu setzen, wird auf die Frage nach dem Einfluss Deutschlands im internationalen Vergleich geantwortet. Innerhalb der NATO allerdings wird dieser Einfluss zunehmend kleiner und, so der Eindruck eines Teilnehmers, kann hier von Akzentsetzung keine Rede sein. Deutschland habe sich in eine Art Dilemma begeben, indem es in vielen Bündnissen gleichzeitig mitmischen möchte. So kann keine Neutralität gewahrt, aber auch keine signifikante Handschrift in einzelnen Bündnissen hinterlassen werden. Die Gegenrede stellt heraus, dass Deutschland durchaus Akzente setzt und dies bereits auf dominante Weise getan hat. Die Stärkung der Menschenrechte wurde auch durch Mithilfe Deutschlands bewirkt, ebenso nimmt heute die deutsche Außenpolitik mehr und mehr die Rolle der Vermittlerin ein. Auch hier greift wieder das deutsche Erbe, das nicht erlaubt, eine aggressive Akzentsetzung in sicherheitspolitischen Maßnahmen voranzutreiben, sondern Deutschland sich auf friedensichernde und vermittelnde Akzente fokussieren lässt.

Diffuse Interessen, komplexe Akteurslagen

Wie bereits der Vergleich zu historischen Situationen in der Sicherheitspolitik gezeigt hat, sind heutige Interessen, Akteure und Machtstrukturen schwierig auszumachen. So wird es umso komplexer, über Bedrohungslagen den Überblick zu behalten und multikausale Problemherde zu erkennen. Für Laien bedeutet dies, dass es für sie unverhältnismäßig schwer wird, zwischen zuverlässiger Informationsquelle und „Fake News“ zu unterscheiden. Es geht nicht mehr darum, dass zwei staatliche Akteure möglichst laut mit den Säbeln rasseln, sondern auch nicht-staatliche Akteure greifen auf zunehmend komplexe Strategien zurück, um Staaten, Unternehmen und politische Systeme zu destabilisieren oder in eine bestimmte Richtung zu lenken. Damit stehen auch wirtschaftliche Interessen hinter Bedrohungslagen, die beispielsweise zum Ziel haben marktwirtschaftliche Zusammenschlüsse empfindlich zu stören. Wer in letzter Instanz hinter diesen Bedrohungen steckt, ist kaum auszumachen, da populistische Rhetorik, genau wie die Möglichkeiten des Internets ausreichend Plattform bieten, um mit wenig Aufwand hohe Bedrohungsgrade zu erzielen. Eine Teilnehmerin beschreibt den bedrohlichsten Akteur als die gesichtslose Herausforderung, mit Informationen, Medien und Quellen im Internet umzugehen. Die überwältigende Aufgabe besteht aus ihrer Sicht darin, die Kompetenz zu entwickeln, festzustellen, „was eigentlich los ist“. Jene Akteure, die in der Lage sind, Informationen glaubwürdig darzustellen und diese als öffentliche Meinung zu verankern, besitzen die Hoheitsmacht. Mit dem Internet, das unqualifizierten Quellen und Akteuren die Möglichkeit gibt, barriereles Informationen als glaubwürdig zu präsentieren, sieht die Teilnehmerin eine große und kaum lösbare Bedrohungssituation.

Abschließend lässt sich zu der Akteurslage sagen, dass deren Komplexität mitunter große Verunsicherung hervorruft. In Zeiten, in denen sich enge Bündnispartner wie Gegner abhören, kann nur noch schwer von verlässlichen Freundschaften zwischen Staaten gesprochen werden. Die komplexitätsreduzierende Schwarz-Weiß-Mentalität des Kalten Krieges kann heute mit einer dezentralen Akteurslage nicht länger angewendet werden. Was richtig und falsch, gut oder böse ist, kann niemand stichhaltig auseinander halten.

Und in zehn Jahren....?

Der Ausblick auf Deutschlands Sicherheitspolitik ist im Plenum gemischter Natur. Die Teilnehmenden schwanken bei der Beantwortung, was sie von der Sicherheitslage Deutschlands in zehn

Jahren erwarten, zwischen einer schlimmeren, komplexeren und einer ähnlichen oder gar besseren Situation. Namentlich wird erneut der Klimawandel als krisenhervorrufendes Element genannt, der zunehmend auf den Plan treten wird. Eine andere Stimme erahnt die verstärkte Krisensituation im Sinne eines gesellschaftlichen Bruches. Gestützt wird diese These mit den Aussichten anderer, die insbesondere eine Bedrohung durch die Vertiefung von sozialen Milieus und Klassen und damit eine gesellschaftliche Destabilisierung sehen. Auch die Befürchtung, dass die Menschen dem politischen Diskurs nicht mehr werden folgen können, stimmt in diese Grundhaltung mit ein. Es gibt jedoch auch positivere Stimmen im Plenum, die zwar äußern, dass die Welt in zehn Jahren komplexer geworden sein wird, die Menschen jedoch, sowohl in Bevölkerung als auch in Politik, mit dem Anspruch an sie wachsen werden.

Feedback des Expertenpublikums

Die Expertinnen und Experten, die bis zu diesem Zeitpunkt nur stille Zuhörerinnen waren, melden sich nun abschließend mit einem kurzen Feedback zu Wort. Übereinstimmend wird die Überraschung geäußert, dass Laienwissen im Kollektiv alles andere als nur laienhaftes Wissen ist, sondern bereits in einer Breite und Tiefe Züge von Expertentum aufweist.

Ebenfalls Verwunderung erzeugt, dass die klassischen Themen der Sicherheitspolitik kaum berührt werden. Hier wird einmal mehr deutlich gemacht, dass etwa die junge Generation eine neue und damit andere Vorstellung von Sicherheitspolitik hat und andere Themenschwerpunkte entstehen. In der Laienrunde wurde kaum darüber gesprochen, ob und welche Bedrohungen von außen existieren, wobei beispielsweise kaum ein Wort über Terrorismus verloren wurde. Die eigene körperliche Unversehrtheit hat während der Diskussion keine Aufmerksamkeit erfahren, was unter den Experten Erstaunen hervorruft. Positiv wird der Fokus auf die Cybersecurity hervorgehoben, da der Mangel an ihr tatsächlich einen massiven Bedrohungscharakter annimmt.

Relativiert wird der Wunsch nach einer Rückkehr der Wehrpflicht durch den Einwand, dass die Wehrpflicht ein Zwangsinstrument ist und es stichhaltige und gute Gründe für ihre Einsetzung geben muss. Der schlichte Nachwuchsmangel ist hierfür nicht Grund genug. An anderer Stelle wird durch einen Experten die Annahme der Laien korrigiert, dass Deutschland im Rahmen der NATO-Einsätze kaum Akzente zu setzen vermag. Er macht klar, dass bei militärischen Einsätzen mit deutschem Anteil durchaus eine elementare und signifikante Einfärbung zu erkennen ist.

Die Expertenrunde bestätigt die Konklusion der Laien, dass es mit einer starken Diversifikation der Akteurslage kein einfaches Gut und Schlecht gibt. Die Welt wird in der Tat komplexer, Problemlagen haben ihre Eindeutigkeit verloren und die Investition in Frieden und Sicherheit muss multidimensional angelegt sein, darf somit nicht bei der Institution Bundeswehr aufhören. Was Interessen und Machtstreben angeht, darf nicht nur nach außen geschaut werden, sondern genauso hilf- und aufschlussreich ist es, reflektiert in den eigenen Reihen nach Hintergründen und Gemengelagen zu suchen.

Dialog-Café Grün: Wer oder was gefährdet die deutsche Sicherheitspolitik? Und: Welche Sicherheitspolitik wollen wir?

Moderation: Dr. Franziska Rischkowsky, Schader-Stiftung

Bericht und Protokoll: Helene Pleil, Schader-Stiftung

Klares Fazit der Keynote von Prof. Dr. Anna Geis und Generalmajor Carsten Breuer zur sicherheitspolitischen Kultur Deutschlands ist, dass mehr Bürgerdialog in der Sicherheitspolitik nötig ist, zum einen um sicherheitspolitische Entscheidungen zu legitimieren, zum anderen damit die

Bevölkerung resilienter wird. Ein solcher Bürgerdialog ist allerdings äußerst mühsam. Dies liegt vorwiegend daran, dass der Bevölkerung sicherheitspolitische Themen häufig gleichgültig sind, da sie von solchen Themen in ihrem Alltag sich nicht beeinflusst fühlt. Dazu kommt, dass die Bevölkerung häufig über zu wenig Wissen in Bezug auf sicherheitspolitische Fragestellungen verfügt. Allerdings ist laut Anna Geis in den letzten Jahren ein steigendes Interesse an solchen Fragen zu beobachten, welches wohl auch daher rührt, dass sicherheitspolitische Themen zunehmend den Alltag tangieren. Somit fand in den letzten Jahren eine „Repolitisierung von Sicherheitspolitik“ statt.

Diesem geforderten Bürgerdialog sollte im Kleinen in den Dialog-Cafés nachgegangen werden; Interessierte Laien diskutieren, Experten und Expertinnen sicherheitspolitischer Themen hören zu - es findet also ein Tausch typischer Rollenverteilungen statt.

Eine starke EU als Beitrag zu deutscher Sicherheit

Wer oder was gefährdet die deutsche Sicherheit? Die Antworten auf diese Frage sind äußerst vielfältig. Dabei wird auch ein generationeller Unterschied deutlich: Während ältere Teilnehmer der Runde Wehrdienst leisteten oder sich zumindest mit der Frage beschäftigt hatten, ob sie diesem nachgehen würden, ist diese Frage den Schülerinnen und Schülern der Runde fremd. Ein weiterer gravierender generationeller Unterschied ist, ob man den Kalten Krieg und somit eine Bedrohungslage erlebt hat oder ob man (bisher) ausschließlich in Frieden und Sicherheit aufgewachsen ist.

Um sich dem Thema anzunähern, schreiben alle Diskussionsteilnehmenden zuerst einmal auf Kärtchen, was ihrer Meinung nach die größte Gefährdung deutscher Sicherheit ist. Hierbei sammelt sich eine Vielzahl an Ergebnissen: Am häufigsten genannt wird die Angst um den Zusammenhalt in der Europäischen Union. Teilnehmende sehen durch zunehmenden Egoismus einzelner Länder innerhalb der EU die Gefahr von deren Auseinanderbrechen. Als Folge dessen sehen sie den Frieden in Europa beziehungsweise die Sicherheit Deutschlands in Gefahr. Das Projekt EU wird von den Teilnehmenden als Hauptgrund gesehen, weshalb innerhalb Europas lange Zeit kein Krieg mehr herrschte. Da der EU-Zusammenhalt stark im Zusammenhang mit der USA und ihrer Rolle wahrgenommen wird, wird auch die zunehmende Unberechenbarkeit der USA als Gefährdung der deutschen Sicherheit benannt. Ebenfalls angeführt wird die Gefahr eines erneuten Wettrennens zwischen den USA und Russland. Gerade aus Angst, die USA würden zunehmend eine Einzelgängerrolle in sicherheitspolitischen Themen einnehmen, sehen Teilnehmende des Dialog-Cafés eine starke EU und einen gefestigten europäischen Zusammenhalt als wichtig an – der Rückhalt in der EU soll demnach eine Gegenkraft zu der Unberechenbarkeit der USA bilden.

Transparenz statt Fake News

Allerdings wurde nicht nur der mangelnde Zusammenhalt der EU, sondern auch fehlender innerer Zusammenhalt der Gesellschaft, in Form fehlender Öffentlichkeit und mangelnder Diskurskultur, als Gefährdung deutscher Sicherheit beurteilt. Auch die Befürchtung eines allgemeinen Desinteresses der Öffentlichkeit, besonders der jüngeren Generation, sowie ein Mangel in der Berichterstattung an klaren Fakten und genauen Angaben, inwieweit wir wirklich bedroht werden, werden als Gefährdung der deutschen Sicherheit wahrgenommen. Eine Teilnehmerin äußert hier den Wunsch nach mehr Transparenz. Dabei spielt sie auf die „Nicht-Informationen-Linie“ des damaligen Innenministers Thomas de Maizière nach einem Terroralarm in Hannover im Jahr 2015 an. Je informierter die Bevölkerung ist, desto mehr und vor allem desto überlegter kann sie mitentscheiden. Hierfür sind allerdings gut recherchierte Fakten nötig: Präsident Trump zeigt der Welt hingegen, wie durch Medien und besonders Social Media Unsicherheiten und Ängste geschürt werden können, wenn eine bestimmte Grundlage an Wissen fehlt. Angst, insbesondere die Angst vor Terrorangriffen, so ein Teilnehmer, kann eine große Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands sein.

Denn Angst kann zu Misstrauen und Ohnmacht führen. Solche Ängste werden innerhalb der EU derzeit von rechten Strömungen genutzt, was zu einem Auseinanderbrechen der EU beiträgt. Ein Teilnehmer sieht die zunehmende Diskussion um Bedrohungen im Zusammenhang mit dem Aufkommen der AfD stehen: Zuvor wurden Ängste eher selten in der Öffentlichkeit thematisiert beziehungsweise existierten in einem geringeren Maß, seit dem Aufkommen der AfD bestimmen Ängste, ob begründet oder unbegründet, zunehmend den politischen Diskurs.

Verknüpfungen des individuellen mit dem globalen Kontext nötig

Eine Forderung aus der Runde: eine Debatte sollte nicht von vorneherein von der Politik ausgeschlossen werden. Es herrscht das Gefühl, die Politik schafft häufig einfach Tatsachen, ohne je eine offene Diskussion zu den entsprechenden Themen geführt zu haben. Ähnliches ist einem anderen Teilnehmer nach auch teilweise in der Berichterstattung der Medien zu beobachten. Gleichzeitig äußert ein Teilnehmer den Eindruck, es existiert zwar keine Debatte, dafür gibt es aber ein Überfließen an Argumenten – welche allerdings nicht weiter diskutiert werden. Weiter fehlt den Teilnehmenden die Verknüpfung zwischen dem, was im Großen passiert und dem, was sich im Alltag eines jeden abspielt. Häufig rührt ein Desinteresse der Bevölkerung an sicherheitspolitischen Themen daher, dass diese zu weit vom normalen Alltag weg sind: Die Entscheidung über einen Auslandseinsatz der Bundeswehr oder ähnliches beeinflusst keinen Bürger und keine Bürgerin in ihrem täglichen Leben, so wie es vergleichsweise ein Tempolimit auf Autobahnen würde. Der globale Kontext muss demnach mit dem eigenen verknüpft werden. Es stellt sich die Frage, ob es Aufgabe der Schulen und Hochschulen ist, eine solche Reflexion zu vermitteln. Einem Schüler der Runde zufolge, geschieht dies durchaus in der Schule. Das Problem dabei ist eher, so seitens einer Lehrerin, dass das typische Schubladendenken, welches allein schon durch die klare Trennung von Schulfächern beigebracht wird, und eine damit einhergehende Vereinfachung schwer aufzubrechen sind.

Es fehlen die großen Grundsatzdiskussionen in der Sicherheitspolitik, so ein Teilnehmer, diese sollen nicht nur den Experten überlassen werden. Zusammenfassend stellt sich die Frage, wie und wo Öffentlichkeit hergestellt wird. Wer ist dafür verantwortlich? Die Politik, Medien oder doch die Bürgerinnen und Bürger selbst?

Zunehmende Komplexität sicherheitspolitischer Themen

Eine Kapitulation vor der Komplexität wäre, so eine Einschätzung, eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands. Gerade in den letzten zwanzig Jahren ist die sicherheitspolitische Lage der Welt immer komplexer geworden, angefangen damit, dass nicht mehr nur Staaten in Kriege verwickelt sind. Ebenso hat sich die Art der Kampfhandlungen verändert: Große Teile eines Krieges könnten nun in der Cybersphäre geführt werden, so der Eindruck. Hier äußert ein Teilnehmer die Befürchtung, Deutschland hat den benötigten Ausbau an Cybersicherheit verschlafen und weist hier Defizite auf, was ebenfalls die Sicherheit Deutschlands gefährden könnte. Aber besonders komplex sind sicherheitspolitische Themen geworden, da sich innere und äußere Sicherheit nicht mehr klar trennen lassen und alle Vorgänge, egal wo auf der Welt, zunehmend miteinander verknüpft sind. Eine Teilnehmerin führt hierzu das Beispiel an, dass auch Klimawandel ein sicherheitspolitisches Thema darstellt – Klimawandel führt zu Migration, beispielweise von Afrika nach Europa.

Machstreben oder Übernahme von Verantwortung?

Welche Sicherheitspolitik ist zukünftig wünschenswert? Besonders sollte Deutschland weiter in Cybersicherheit aufholen, dies ist seit 2016 auch von der Bundesregierung im Weißbuch als Herausforderung festgehalten. Eine in der Diskussion geäußerte Beobachtung ist, dass Deutschlands Sicherheitspolitik sich in letzter Zeit zunehmend weg von der Priorität der Terrorbekämpfung, hin zur Landesverteidigung bewegt. Zugleich ist im Laufe der letzten Jahre eine deutlich höhere Polizeipräsenz zu beobachten, was als Indiz für ein vordergründigeres Sicherheitsverlangen

der Bevölkerung gewertet wird. Solche Entwicklungen werden von Teilnehmenden allerdings durchaus kritisch wahrgenommen: Mehr Menschen in Uniform im öffentlichen Raum sowie zunehmende Kameraüberwachung trägt bei manchen nicht dazu bei, sich wohl beziehungsweise sicherer zu fühlen.

Aus der Sicht der Teilnehmenden bezieht Deutschland im außen- und sicherheitspolitischen Bereich in jüngster Vergangenheit zunehmend Stellung, bewegt sich demnach weg von einer seit langem zurückhaltenden Position. Dies ist für einen der Teilnehmer auch an dem Streben Deutschlands nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat festzumachen sowie an dem Versuch, international militärisch eine größere Rolle zu spielen. Ein Teilnehmer äußert hierzu, dies wird zwar unter der Übernahme von Verantwortung verbucht, obwohl es kritisch gesehen als Machtstreben wahrgenommen werden kann. Auch sollte diesem Vorstoß, zunehmend Stellung zu beziehen, nur nachgegangen werden, wenn dies legitim ist und nicht nur eine Reaktion auf das Drängen anderer Staaten, beispielsweise der USA oder Frankreich. Wünschenswert ist für die Teilnehmenden, dass Deutschland weiterhin ausschließlich multilateral agiert, also im Rahmen von Bündnissen und internationalen Institutionen. Dies ist für Frieden unerlässlich – Bündnisse, egal ob militärischer oder wirtschaftlicher Natur, können Kriege verhindern. Ebenso wird der Wunsch geäußert, dass Deutschland auch zukünftig primär die Rolle eines Vermittlers wahrnimmt. Einer der Experten, ein Angehöriger der Bundeswehr, erklärt, die Bundeswehr sollte nicht im Sinne einer Aufrüstung gestärkt werden, aber Defizite sollten im Zuge von „Ausrüsten“ beseitigt werden. Ein Teilnehmer betont die Vergangenheit: Deutschlands Rolle im ersten und zweiten Weltkrieg dürfen nicht in Vergessenheit geraten.

Klimapolitik zunehmend als sicherheitspolitisches Thema

Zukünftig, so eine Meinung in der Runde, sollte besonders der Klimapolitik als sicherheitspolitisches Thema gesteigerte Aufmerksamkeit zukommen: Hier wird ressortübergreifendes Arbeiten und verstärkte Kommunikation für nötig erachtet. Es folgt der Vorschlag, ob nicht doch wieder ein verpflichtendes Jahr Wehrpflicht oder Zivildienst eingeführt werden sollte – für Männer und auch Frauen – mit einem Fokus auf klimapolitische Themenfelder. Eine weitere Überlegung einer Teilnehmerin, welche für die Wiedereinführung der Wehrpflicht spricht, ist der Wunsch nach einer breiteren Verankerung der Bundeswehr in der Bevölkerung und einer stärkeren Rückkopplung: Wie geht es Soldatinnen und Soldaten, die von Einsätzen zurückkommen? Wie ist die Lage in den Einsatzgebieten? Was sind Beweggründe zur Bundeswehr zu gehen? Solche Fragen bekommt man in der Regel nicht direkt von Betroffenen beantwortet, da, dem Gefühl der Teilnehmerin nach, seit Ende der Wehrpflicht Soldaten vorwiegend aus einer bestimmten Schicht kommen und somit innerhalb anderer gesellschaftlicher Schichten kaum mehr Anknüpfungs- und Treffpunkte mit Soldaten und Soldatinnen im Alltag bestehen. Hier wird von einem der Experten eine gewisse Doppelmoral kritisiert: Einerseits wird der Wunsch nach Soldatinnen und Soldaten in der Gesellschaft geäußert, andererseits war das Ende der Wehrpflicht mehr als gewünscht von der Bevölkerung. So kann teilweise der Eindruck entstehen, Erzeugung von Sicherheit wird nicht als gesellschaftliche Aufgabe wahrgenommen. Es spricht sich allerdings einer der Schüler in der Runde stark gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht aus: Egal, mit welchem thematischen Fokus ein solches Jahr verbracht werden soll, ist dies Zwang. Es sollten hingegen bessere Anreize gesetzt werden, damit man einem solchen Dienst freiwillig nachgehen möchte. Auch wird hinzugefügt, dass Wehrpflicht nur sicherheitspolitisch begründet werden kann, dies ist derzeit nicht möglich. Ein Experte der Bundeswehr lenkt ein, der Bundeswehr fehlt zwar Nachwuchs, besonders im Cyberbereich, dies ist allerdings zum einen nicht gravierend, zum anderen ließe sich das nicht mit der Wiedereinsetzung der Wehrpflicht beheben.

Mehr bedeutet nicht auch gesteigerte Sicherheit

Als ein weiterer Vorschlag für die zukünftige Sicherheitspolitik Deutschlands wird die Idee einer europäischen Armee diskutiert. Diese findet einerseits Zuspruch in der Runde und wird als nötig angesehen, um das Projekt Europa zu Ende zu denken. Andererseits werden hierbei Bedenken geäußert, da die EU derzeit als nicht ausreichend im Einklang für ein solches Projekt erscheint. Ein weiteres Problem bei dieser Idee betrifft die deutsche Setzung einer „Parlamentsarmee“, das heißt jeder Einsatz der deutschen Streitkräfte muss explizit vom Parlament genehmigt werden. Dies wäre im Rahmen der EU schwer möglich. Es wird von den Teilnehmenden als überaus wichtig erachtet, dass über solche Fragen eine politische Debatte geführt wird. Auch äußert ein Teilnehmer den Wunsch nach mehr „Verstehen“: So soll als Antwort auf ein Problem nicht blind aktivistisch gehandelt werden, sondern das Problem überlegt gelöst werden – „einfach nur mehr“, beispielsweise im Sinne einer europäischen Armee, würde nicht seinem Verständnis von Sicherheit entsprechen.

Die abschließende Fish-Bowl-Diskussion

Wie für ein Goldfischglas, auf das die drum herum Sitzenden schauen, war der Raum für die abschließende Diskussion bestuhlt: In der Mitte eine Runde mit sechs Stühlen, vier bereits besetzt, zwei noch leer, kreisförmig drum herum die Plätze für das Publikum.

Die Fish-Bowl-Gruppe bestand zuerst aus Oberst Dr. Frank Richter vom Bundesverteidigungsministerium, Prof. Dr. Gunther Hellmann von der Goethe-Universität Frankfurt am Main, Dr. Svenja Sinjen von der Stiftung Wissenschaft und Demokratie in Berlin sowie der Moderatorin Astrid Kuhn von der Stiftung Wissenschaft und Demokratie in Kiel.

Was sind die Konturen deutscher Sicherheitspolitik? Oberst Richter zeichnet sie nach mit einer Analyse der Sicherheitslage, daraus hervorgehenden Herausforderungen und den in der Folge gezogenen Leitplanken der deutschen Sicherheitsstrategie: In den letzten Jahren haben sich geopolitische Verschiebungen ergeben, vor allem durch Akteure wie Russland und China, aber auch durch das Handeln unseres Verbündeten USA. Die USA bleiben, so Oberst Richter, aufgrund der geteilten gemeinsamen Werte und aufgrund der bestehenden Abhängigkeit eng mit uns verbunden, auch wenn es zeitweilig Differenzen geben mag. Hier ist, so betont er, strategische Geduld gefordert. Weitere Herausforderungen, wie multiple Bedrohungslagen, die Risiken im Cyberbereich sowie die langfristige Problematik, die der Klimawandel im Hinblick auf die Sicherheitslage bewirken wird, kommen hinzu. Die Gemeinsamkeiten dieser Herausforderungen sind: Sie machen nicht an nationalstaatlichen Grenzen Halt, sie lassen sich in der Regel nicht von einem Staat allein und auch nicht von Militär allein lösen.

In Folge ergibt sich als Leitplanke der deutschen Sicherheitspolitik, so Oberst Richter, die grundlegende Notwendigkeit eines multilateralen Vorgehens: Europa ist zu stärken, Deutschland muss sich aktiv bei der NATO einbringen und die Vereinten Nationen sind ebenfalls zu stärken. Zugleich gilt es, eine präventive, nachhaltige und eine vernetzte Sicherheitspolitik – international, aber auch auf die ministeriellen Ressorts bezogen – zu betreiben.

Prof. Dr. Gunther Hellmann kann diese Darstellung unterstützen, betont aber dabei die Rolle dessen, was er „Einbindungsführung“ nennt. Eine Einbindung, im Sinne des genannten Multilateralismus, muss gegeben sein. Wir brauchen Beziehungen, die – anders als die von Donald Trump präferierten „Deals“ – auf Verlässlichkeit, Belastbarkeit und Dauer angelegt sind. Solcherart reziproke Beziehungen sind für Deutschland essentiell, umso mehr, wenn eine Führungsrolle Deutschlands gefordert wird. In Anbetracht der deutschen Geschichte und der teilweise nach wie

vor bestehenden Ressentiments gegenüber deutscher Macht in Europa, muss ernsthaft bedacht werden, wie die Einbindung in multilaterale Systeme mit Führung einhergehen kann. Auch in Anbetracht der geforderten höheren Investitionen in das Militär ist dies zu prüfen. Wenn, so Gunther Hellmann, Deutschland das mit der NATO anvisierte Ziel, 2% des BIP für Militärausstattung zu verwenden, erreicht, böte Deutschland die stärkste europäische Armee innerhalb der NATO auf.

Dr. Svenja Sinjen betont zu Beginn ihres einleitenden Statements die Wichtigkeit der verschiedenen Instrumente der deutschen Sicherheitspolitik. All diese Instrumente sind nötig. Zu einem davon, nämlich dem Instrument des Militärs, führt sie näher aus: Nach Ende des Kalten Kriegs, als man fälschlicherweise glaubte, dass nicht nur Osteuropa, sondern langfristig auch Russland und China den Weg der Demokratisierung einschlagen würden, Deutschland somit nur „von Freuden umgeben“ wäre, wurden die Ausgaben für die Bundeswehr massiv heruntergefahren. Was noch blieb, richtete sich auf internationales Krisenmanagement aus. Im Hinblick auf Landes- und Bündnisverteidigung, so ihre Einschätzung, wurde die Bundeswehr kaputt gespart. Dass wir nicht nur von Freunden umgeben sind, haben die Krim-Annektion ebenso wie der IS-Terror deutlich gemacht. Ebenfalls zeigt sich in den USA – mit Trump offenkundig, aber auch schon zuvor spürbar – eine abnehmende Bereitschaft weiterhin „übergroße Lasten“ zum Schutz Europas zu tragen. Ihr Fazit ist, dass Deutschland gut beraten wäre, sich schnell dem 2%-Ziel zu nähern und so nicht „auf“-, sondern „auszurüsten“, also das, was die Bundeswehr an Material und Fähigkeiten hat, einsatzfähig zu machen beziehungsweise zu halten.

Anschließend entsteht unter starker Mitwirkung von Jungen und Alten, von Laien und Experten, die sich nach einander auf die freien Stühle in der Runde setzen, eine engagierte Diskussion, die sich um das 2%-Ziel, die gekündigten INF-Verträge, die Möglichkeiten zu neuen Rüstungskontrollverträgen sowie die Wichtigkeit des erweiterten Sicherheitsbegriffs, der mehr als das Militärische umfasst, dreht.

Wir stehen am Anfang!

Zum Ende der Veranstaltung wurde als Fazit gezogen: „Wir stehen am Anfang!“ Denn offenkundig ist weitere Diskussion nötig, kleine und große Debatten müssen erzeugt und gefördert werden, Wissen muss vermittelt werden und die Expertinnen und Experten in Wissenschaft, Think Tanks, in der Bundeswehr, in verschiedenen Ministerien und in der Zivilgesellschaft sind weiterhin als Fachleute, aber auch als Zuhörende gefragt.

Fazit und Ausblick

Sicherheitspolitik und Dialog

Von: Astrid Kuhn, Stiftung Wissenschaft und Demokratie, Kiel

Seit dem Ende des Kalten Krieges befinden wir uns in einer langen Phase der politischen Stabilität und Sicherheit in Europa. Junge Menschen bis 30 Jahre, die in Deutschland leben, haben ausschließlich Frieden und Prosperität erfahren. Dies hat einen nachhaltigen Einfluss auf die Sicherheitswahrnehmung in der Bevölkerung. Zwar fand beispielsweise mit der Frage nach dem Einsatz deutscher Bundeswehrsoldaten in Konflikten im Ausland jenseits humanitärer Einsätze eine Auseinandersetzung mit Krisen und Kriegen in der Welt statt, die auch in den allgemeinen gesellschaftlichen Diskurs gemündet ist. Gleichwohl ist das Sicherheitsempfinden in der Bevölkerung hoch und Gefahren werden vor allem in sozialem Abstieg oder schweren Erkrankungen gesehen.

In dem Maße, in dem Gefahren ausgelöst durch die Konkurrenz von Staaten oder kriegerischen Auseinandersetzungen in den letzten Jahrzehnten in den Hintergrund getreten sind, wird das Thema Sicherheit outsourct: nicht nur an transnationale Organisationen wie die NATO, sondern auch aus den Köpfen der Einzelnen. Die Bedrohungen durch terroristische Anschläge in Europa oder durch die Destabilisierung der multilateralen liberalen internationalen Ordnung in den letzten Jahren ändern daran nur wenig. Einerseits ist es als großer Gewinn anzusehen, dass die objektive Bedrohungslage für Leib und Leben gering ist, andererseits reduziert die Selbstverständlichkeit von Sicherheit im eigenen Umfeld auch die Sensibilität für den Erhalt dieses Guts. Dieser Mechanismus betrifft Sicherheit ebenso wie zum Beispiel Demokratie.

Die Stiftung Wissenschaft und Demokratie widmet sich seit über 25 Jahren der Vermittlung wissenschaftlicher Ergebnisse an die Öffentlichkeit. Durch das gemeinsame Projekt mit der Goethe Universität Frankfurt und der Schader-Stiftung sahen wir die Chance in einen reflexiven Prozess der kommunikativen Wissenschaftsvermittlung einzutreten. Grundlegend in der Förderpraxis der Stiftung ist die praxisorientierte Politikwissenschaft. Der Stifter sah die Aufgabe von Politikwissenschaft darin, zur Klärung praktisch-politischer Probleme beizutragen, Problem(er)klärungen für die Politische Bildung nutzbar zu machen und wissenschaftliche Empfehlungen zu geben. Die Stiftung sah sich deswegen in besonderer Weise motiviert, das in den von ihr geförderten Einrichtungen erlangte Wissen nicht nur mit politischen Akteuren im Politikfeld Sicherheit oder mit anderen Politikwissenschaftlern zu diskutieren, sondern auch mit politikwissenschaftlichen Laien. Dies eröffnet die Möglichkeit die Akzeptanz und Anschlussfähigkeit von Thesen und Empfehlungen kritisch zu überprüfen. Sind die Forschungsfelder im Bereich Sicherheitspolitik, die die Stiftung fördert, überhaupt für Personen außerhalb des Fachgebiets relevant und nachgefragt? Stellen wir die richtigen Fragen mit Blick auf die gefühlte Sicherheitslage in Deutschland? Schaffen wir es mit unseren Erklärungsansätzen die komplexe nationale und internationale Sicherheitsinfrastruktur verständlich zu machen? Inwieweit führt die von der Stiftung geförderte Forschung zu Antworten, die auch die Einbeziehung der Bevölkerung in den sicherheitspolitischen Diskurs unterstützen?

Das Institut für Sicherheitspolitik in Kiel (ISPK), das die meisten Experten für die Dialog-Werkstatt Sicherheitspolitik entsandte, hat seinen Forschungsschwerpunkt im Bereich der strategischen Fragen der internationalen Beziehungen. Dabei kooperiert es mit Behörden, Militär und Polizei ebenso wie mit zivilgesellschaftlichen Akteuren. Es engagiert sich im Bereich der politischen Erwachsenenbildung und bei der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Das ISPK arbeitet unabhängig und ergebnisoffen, jeder Wissenschaftler wählt seinen Forschungsgegenstand frei aus. Trotzdem ist auch die wissenschaftliche Arbeit nicht frei von Präjudizen, die allein durch die wissenschaftliche Sprache und das Framing entstehen. Darüber hinaus mag die Offenheit von anderen Experten zu lernen, größer sein, als die Offenheit von Laien zu lernen. Beide Aspekte vermochte der Dialog mit Laien aufzubrechen.

Ein weiteres Motiv stand hinter der Beteiligung an der Kooperation im Projekt Dialog-Werkstatt Sicherheitspolitik: Es fanden sich die Verbindung der beiden großen Schwerpunkte der Stiftungsarbeit – Parlamentarismusforschung und Sicherheitspolitik – wieder. Sicherheitspolitik einerseits und repräsentative Demokratie andererseits sehen sich der Herausforderung des Schwindens von aktiver Zustimmung und Engagement in klassischen Beteiligungsformen gegenüber. Für den Bereich Sicherheitspolitik ist das Problem des „Outsourcings“ bereits angesprochen worden. Entscheidungen über Einsätze der Bundeswehr, der Gestaltung des Wehretats oder Vorkehrungen der inneren Sicherheit sind andererseits politische Entscheidungen, die durch die Prozesse unserer parlamentarischen Demokratie legitimiert sind. Die Bürgerinnen und Bürger sind immer weniger bereit, diese nur aus diesem Grund zu akzeptieren. Das gilt besonders für den Bereich Sicherheit, der hochkomplex und hochumstritten ist. Die zentralen Akteure im parlamentarischen Regierungssystem sind aufgefordert, diesem Widerspruch zu begegnen: einerseits Schwinden von Be-

teiligungsformen wie Mitarbeit in einer Partei und andererseits nachhaltiges kritisches Infragestellen der politischen Ergebnisse und Verfahren. Das Ausprobieren anderer Formen der reziproken Kommunikation zwischen Repräsentanten und Repräsentierten ist gefragt, aber auch die Betonung der Funktionalität demokratischer Entscheidungsprozesse im Vorfeld parlamentarischer Beschlüsse, durch die Legitimation entsteht. Experten für das Funktionieren der Entscheidungsprozesse im parlamentarischen Regierungssystem können hierzu beitragen und die Grenzen ausloten. Dabei ist es unentbehrlich, dass die Parlamentarismus- oder Sicherheitsforscher nicht im „eigenen Saft schmoren“, sondern den Realitätstest ihrer Annahmen bei allen Wählerinnen und Wählern vornehmen, die die Umsetzung eines bestimmten politischen Programms durch die Wahl von entsprechenden Regierungskoalitionen erst ermöglichen. Die Dialog-Cafés haben dafür den Raum geboten.

Sind die von der Stiftung geförderten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler es gewöhnt Sender von Informationen zu sein, so waren sie für die Dialog-Cafés darauf vorbereitet worden aktiv zuzuhören. Ihre Rolle wurde durch die Moderatoren in den Cafés unterschiedlich definiert. Während in den Gruppen „Gelb“ und „Grün“ die Experten nicht hinsichtlich ihrer Einschätzungen zu den Leitfragen befragt wurden, fand dies in anderen Gruppen statt. Die Angaben der Laien bei der Frage nach der größten Gefährdung deutscher Sicherheit gingen stark auseinander und reflektierten das Lebensalter der Teilnehmenden oder die persönlichen Lebensumstände. Bereinigt man die Diskussion um überproportional betonte Stränge durch die Dominanz einzelner Diskutanten, wurden vor allem Cybersicherheit, Terrorismus, Wirtschaftsstabilität und der Klimawandel besprochen (in Gruppe Gelb). Obwohl ein Teil der Laien an Orientierungsseminaren teilgenommen hatte, trat während der Diskussion schnell zutage, dass zentrale Differenzierungen und etablierte Begriffe fehlten, die hilfreich sind, um den Diskurs zu strukturieren. Als Beispiel kann hier die in der englischen Sprache existierende Differenz von Safety und Security angeführt werden.¹ Dennoch wurde in der Diskussion ein bemerkenswertes Abstraktionsniveau erreicht und es wurden bald diejenigen Kernthemen der Sicherheitspolitik thematisiert, die auch die Experten einhellig für relevant halten. Dies sind zum Beispiel das Gefüge der internationalen Großmächte (im Dialog-Café jedoch vor allem mit Blick auf Datensicherheit, nicht mit Blick auf Integrität des Territoriums), die Rolle der NATO oder der Beitrag Deutschlands zur Sicherheitsgewähr in Europa (Stichwort Budget/Ausstattung der Streitkräfte). Dabei reflektierten die Diskutanten stets den hohen Komplexitätsgrad sicherheitspolitischer Themen. Insbesondere nach Wegfall der Blockpolitik birgt die Tatsache, dass in der Regel nicht mehr Nationalstaaten als Aggressoren auftreten oder Bündnisse außerhalb der NATO-Staaten stark fluktuieren ein erhebliches Maß an Unsicherheit bei der Frage nach den grundlegenden Strategien zur Erreichung von Sicherheit. Ein besonderer Schwerpunkt in der Diskussion war darüber hinaus die Öffnung der sicherheitspolitischen Debatte für breitere gesellschaftliche Kreise, die bereits in den Keynote-Speeches angesprochen wurde. Hierbei herrschte ein Schwanken zwischen der Forderung nach mehr Gewährung von Informationen durch Experten und Politiker und der Anerkennung des ohnehin überbordenden Informationsangebots durch verschiedene Quellen. Mehr Informationen machen die Einschätzung der Lage noch komplexer. Vor diesem Problem stehen sowohl Laien als auch Experten.

Ein Anliegen des Austauschs zwischen Laien und Experten über Sicherheitspolitik war, dass sich die Fachleute möglicherweise „positiv irritieren“ lassen. Dies wurde eingelöst. „Aha-Erlebnisse“ gab es nicht nur bei der Wahrnehmung von Bedrohungslagen. Unsere Experten hätten in der Diskussion beispielsweise ein größeres Augenmerk auf die Bedrohung durch China und Russland

¹ Der angelsächsische Begriff Security kann im Deutschen am ehesten mit „Angriffssicherheit“ und der Begriff Safety mit „Betriebssicherheit“ gleichgesetzt werden, siehe Endreß, Christian: Die Dimensionen des Sicherheitsbegriffs, 14.06.2012, <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/innere-sicherheit/76634/dimensionen-des-sicherheitsbegriffs?p=all>, (08.04.2019).

gelegt. Die Tatsache, dass diese Staaten oder die Machteliten in diesen Staaten die liberale internationale Ordnung und das dahinterstehende Wertesystem zu destabilisieren versuchen, sollte in der Öffentlichkeit als Bedrohung benannt werden. Im Gegensatz zu dem Agieren dieser Akteure hat Europa ein Fehl an Strategie, das unter anderem durch das Einstimmigkeitsprinzip verursacht ist. Eine gesamtgesellschaftliche Debatte auf Nationalstaatsniveau kann dabei nur bedingt Veränderungen bewirken. Trifft die Annahme zu, dass die neue Konkurrenz nicht mehr zwischen Nationalstaaten mit gewissen wirtschaftlichen und territorialen Interessen besteht, sondern sich eine Systemkonkurrenz zwischen Demokratien und Autokratien herausbildet, müssen wir den Auflösungserscheinungen demokratischer Grundwerte in Europa, die durch das Reüssieren rechts-populistischer Parteien zu beobachten ist, höchste Aufmerksamkeit schenken. Auch dies ist eine sicherheitspolitisch relevante Entwicklung.

Außerdem ist es wünschenswert in einen gesellschaftlichen Dialog einzutreten, der streng durch die Orientierung an belegbaren Fakten geleitet ist. Dabei kommt der Vermittlung von Faktenwissen eine besondere Bedeutung zu. Die oft gezogene Schlussfolgerung, insbesondere wissenschaftlicher Experten, man müsse Fakten und Forschungsergebnisse „besser erklären“, ist nicht ausreichend. Ein Monopol von Wissensvermittlung, gegebenenfalls kanalisiert durch die Medien, gibt es nicht mehr. Durch das Internet stehen diverse Quellen offen, was dem Einzelnen ein hohes Maß an Abgrenzungsvermögen abverlangt. Welchen Informationen gegenüber zeige ich mich offen? Wie versetze ich mich in die Lage diese kritisch zu überprüfen? Wie kann ich sicher über das Zutreffen meiner Schlussfolgerungen sein? Wenn bewusst Falschinformationen über Sachzusammenhänge verbreitet und durch Filterblasen verstärkt werden, muss Wissenschaft Vertrauen in die Integrität ihrer Stellungnahmen schaffen. Dies erreicht sie durch eine gute Wissenschaftskommunikation und die permanente Infragestellung ihrer eigenen Annahmen. Sich irritieren zu lassen, hilft dabei.

Auf der anderen Seite hat der Dialog mit Laien auch gezeigt, dass Experten korrigierend eingreifen müssen, wenn Fehlannahmen ganze Diskurse leiten. In den Dialog-Cafés kam immer wieder das 2-Prozent-Ziel vor. Ein Laie zweifelte an der demokratischen Legitimation dieses Ziels. In der Gruppe „Grün“ ging ein anderer Laie beispielsweise davon aus, dass für deutsche Soldaten im Auslandseinsatz nicht die deutschen Gesetze gelten würden. An solchen Stellen ist es auch wichtig, den demokratischen Prozess des Zustandekommens von sicherheitspolitischen Entscheidungen sowie rechtliche Rahmenbedingungen zu erklären. Nicht nur hat der Bundestag durch seine Budgethoheit das letzte Beschlussrecht über die Ausgestaltung international ausgehandelter Abkommen. Deutschland ist auch das einzige NATO-Land, das sein Parlament letztinstanzlich über einen Einsatz der Streitkräfte im Ausland entscheiden lassen muss.² Diese Systemeigenschaften sollten bei aller Kritik an Einsätzen der Bundeswehr oder einer Erhöhung des Wehretats berücksichtigt werden. Auch Dilemmata, in denen sich politische Entscheider befinden, müssen von Experten aufgedeckt werden.

Dilemmata, auf die Christopher Daase in seiner Keynote hingewiesen hat, gibt es auch für die wissenschaftlichen Experten. Den Dialog zu suchen, ohne diesen mit ihrem Wissen über Gebühr vor zu strukturieren. Informationen bereitstellen und dabei gleichzeitig Komplexität reduzieren. Relevante Themen filtern, die dem Sicherheitsempfinden der Bevölkerung entsprechen und ebenso

² Wenngleich eine Studie des Forschungsprojekts „Parlamentarische Kontrolle von Sicherheitspolitik (paks)“ an der Universität Düsseldorf 2007 festgestellt hat, dass in 11 von 25 untersuchten europäischen Staaten die Parlamente ebenfalls über große Kontroll- und Öffentlichkeitskapazitäten verfügen und die Studie „Parliamentary oversight of civilian and military ESDP Missions“ im Auftrag des Europäischen Parlaments gleichfalls 2007 zu dem Ergebnis kommt, dass auch andere europäische Parlamente vor einer Entsendung befragt werden, so hat das deutsche Parlamentsbeteiligungsgesetz selbst unter etablierten Demokratien eine außergewöhnliche Reichweite, siehe Kolanoski, Martina: Die Entsendung der Bundeswehr ins Ausland. Zur Funktion des Parlamentsvorbehalts im Kontext bündnispolitischer Verpflichtungen, (WeltTrends Thesis, Bd. 9), Potsdam 2010, S. 29.

dem Bedürfnis politischer Akteure nach Empfehlungen bei konkreten sicherheitspolitischen Entscheidungen einerseits oder langfristigen Strategien andererseits.

Große gesellschaftliche Debatten sind sehr voraussetzungsreich. Sie gelingen nur sehr selten. Trotzdem sind wir der Überzeugung, dass Bürgerdialoge geführt werden müssen, um den Anspruch an praxisorientierte Forschung zu erfüllen. Nicht zuletzt ist es auch ein Ziel des Experten-Laien Dialogs, Rückschlüsse auf Wege zur Steigerung der Resilienz der Bürger angesichts verschiedener Bedrohungslagen ziehen zu können. Ein inkrementelles und ausschnitthaftes Vorgehen scheint hierbei nötig zu sein. Die Dialog-Werkstatt Sicherheitspolitik hat hierbei einen Anfang gemacht und einen professionellen Rahmen eingerichtet

„Welche Sicherheitspolitik wollen wir?“

Von: Dr. des. Daniel Jacobi, Goethe-Universität Frankfurt am Main

Es dürfte unzweifelhaft sein, dass jede Beantwortung der Frage nach dem Status der aktuellen deutschen Sicherheitspolitik stets aus einer kontextgebundenen Sichtweise erfolgt. In diesem Sinne hat es sich eingebürgert, dass dieses Politikfeld zumeist historisch gerahmt und dann vor diesem Hintergrund auf dessen gegenwärtigen Status sowie Zukunft hin befragt wird. Zumeist entfaltet sich hierbei ein Narrativ, das zwischen dem Ende einer bipolaren und der Entstehung einer multipolaren Welt eingespannt ist. Für deren Transformation werden vor allem das Ende der Blockbildung sowie die terroristischen Anschläge auf die Vereinigten Staaten als Meilensteine und „Beschleuniger“ interpretiert.

Insbesondere wenn es schließlich darum geht, ein Fazit zu ziehen, spielt es für dessen Kernaussage dann interessanterweise oft keine Rolle, ob dieses in sogenannten „Laien-“ oder „Expertenkreisen“ gezogen wird: Es ist die zum Schlagwort gewordene „neue Unübersichtlichkeit“, die sich als roter Faden durch alle Bilanzierungen zieht.

Einstige Sicherheiten sind zu Unsicherheiten geworden und jegliche Ansätze zu ihrer Rückgewinnung werden als risikohaft beschrieben. Das heißt, in einer unübersichtlichen Gesamtlage werden Maßnahmen immer in dem Bewusstsein bemessen, dass diese auch stets das Gegenteil ihrer eigentlichen Intention bewirken können.

Es ist gerade diese Komplexität der Welt und das daraus resultierende Kontingenzbewusstsein – die Einsicht, dass *prinzipiell* alles stets anders denkbar oder gar möglich wäre –, das die alte Trennlinie von „Experten und Laien“ in der Gegenwartsgesellschaft immer poröser werden lässt – vor allem wenn es um die Beantwortung der Frage geht: „Welche Sicherheitspolitik wollen wir?“

So gibt es zwar fraglos weiterhin unterschiedliche Wissensbestände, aber angesichts des genannten Befundes folglich keinen verbindlichen Mechanismus mehr, der eines dieser Reservoirs, als „besser“, „effektiver“ oder gar „richtiger“ auszuzeichnen vermag. Als eine Folgerung bietet sich dann die Suche nach Formaten an, die einen offenen Austausch zwischen den verschiedenen sicherheitspolitischen Beobachtern ermöglichen.

Während dies *per se* fraglos keine sonderlich neue Ansicht ist, zeigen sich in deren konkreten Umsetzung dennoch in aller Regel schnell Strukturen, die wiederum alte „Wissens- und Vermittlungshierarchien“ reproduzieren. Der angedachte Dialog über Sicherheitspolitik lässt sich dann oft im Sinne einer Theatermetapher beschreiben: Auf der Bühne stehen die professionellen Akteure, die zu einem Laienpublikum im Saal herab sprechen. Dieses kann zwar für die gesamte Aufführung Applaus spenden oder verweigern. Zu einem nuancierten Austausch über die Details der Darbie-

tung oder gar die Frage, ob denn überhaupt genau *dieses* Stück hätte gespielt werden müssen oder sollen, kommt es erst gar nicht.

Mit dieser etwas weiter ausholenden Herleitung sollte deutlich geworden sein, welche wichtige, nicht nur sicherheitspolitische Leerstelle die im Februar 2019 abgehaltene Dialog-Werkstatt der Schader-Stiftung besetzt. Es deutet sich vielmehr an, hinsichtlich welcher großer demokratischen Herausforderungen deren Ergebnisse zu betrachten sind.

Und es sind genau diese Herausforderungen, die den eigentlichen Kern des Frankfurter Forschungsprojekts zu den denkbaren Formen zukünftiger sicherheitspolitischer Strategiebildung ausmachen und zum initialen Impuls für die Ausrichtung einer solchen Veranstaltung geführt haben.

Entgegen einer mit dem Label „Frankfurt“ möglicherweise allzu vorschnell einhergehenden Zusammenschließung von lokaler und normativer Verortung des Projekts muss festgehalten werden, dass das Vorhaben in dieser Hinsicht mit einem geradezu „abgemagerten“ Konzept des „demokratischen Handelns“ arbeitet:

Anders als normativ weit ausgreifende Entwürfe einer „besseren“ Sicherheitspolitik beobachtet das Vorhaben vielmehr die für es grundlegende „Operationsform der Demokratie“: Damit sind all jene Prozesse bezeichnet, in denen fortwährend Möglichkeiten ein- *und* ausgeschlossen werden, um zu einer Palette sicherheitspolitischer Handlungsoptionen zu gelangen, über die letztendlich entschieden wird.

Im Sinne der Dialog-Werkstatt bedeutet dies, dass bereits relevant wird, wer daran überhaupt teilnimmt. Hier eben nicht nur *die* Experten und *die* Laien, sondern Interessierte aus den verschiedensten (nicht) vorgebildeten Kontexten, die lediglich ihr Interesse an der Thematik verbindet. Zudem in Formaten, die einen eingangs möglichst wenig vorformatierten Austausch ermöglichen.

Insbesondere in dieser Hinsicht ist der Veranstaltung ein erster Erfolg zu konzедieren: Sicherlich fanden sich auch die nie ganz vermeidbaren – jedoch aus *allen* Kreisen kommenden – Versuche, Redezeiten zu akkumulieren. Dennoch lebten gerade die Dialog-Cafés von einer Kommunikationskultur, die stets Kontroverses mitführte, dabei aber vor allem von dem Bemühen um eine gegenseitige Anschlussfähigkeit gekennzeichnet waren – gerade auch mit dem Ziel sich *gemeinsam* über bestimmte Probleme und deren Einordnung sowie Lösungsmöglichkeiten klarer zu werden.

Schaut man auf die verschiedenen Themen, die über alle acht Sitzungen der Dialog-Cafés zur Sprache kamen, so zeichnet sich die Grundlage hierfür bereits in der Dominanz des Themenbereichs „Komplexität“ ab: kein Café, in dem letztere nicht – ebenso wie in der Einleitung dieser Betrachtung – die Hintergrundfolie aller nachfolgenden Suchbewegungen ausbildete. Während dies nicht überraschen konnte, tat dies jedoch deren sehr klare Verknüpfung mit einem Bewusstsein um die Wichtigkeit der aktiven Rahmungsleistungen der Kommunikationsteilnehmer. Kurz gesagt: Aufgrund der Komplexität und folglich offenbaren Kontingenz der Weltpolitik ist Sicherheitspolitik maßgeblich auch das, zu dem sie der ihr kommunikativ auferlegte Beobachtungsrahmen macht. Dabei erschien dies besonders den jüngeren Teilnehmern sehr klar zu sein.

Diese gesellschaftliche Einsicht in die *prinzipielle* Offenheit des sicherheitspolitischen Entscheidungsprozesses führt – speziell in den Debatten des Feuilletons und der Wissenschaft – schnell zu dem Folgebefund eines „Dezisionismus“. Dieser wird dabei als eine willkürliche und daher abzulehnende Form des Entscheidens verstanden. Aber auch hier zeigte die Dialog-Werkstatt, dass dem eine alternative Deutungsmöglichkeit gegenüber steht.

Wenn für sicherheitspolitische Entscheidungen im Angesicht von Komplexität und Kontingenzen keine ewigen Werte mehr als Orientierung zur Verfügung stehen, verschiebt sich innerhalb des klassischen Verständnisses von Politik „als die Herstellung *kollektiv* verbindlicher *Entscheidungen*“ die Aufmerksamkeit von jener Entscheidung auf das voranstehende Kollektiv. Denn dieses bildet nun nicht mehr nur jenen Adressaten ab, dem Gefolgschaft abverlangt wird – es wird nun vielmehr gleichsam als der Urheber der Entscheidung offenbar. Denn was anderes könnte in einer so „entzauberten“ Gegenwart an die Stelle dieser Werte treten als die gesellschaftliche und damit kollektive Geltung jeglicher zur Entscheidung stehender Sichtweisen?

Dies ist nicht zufällig bereits der Kern einer jeden Schulbuchdefinition von Demokratie: Das zentrale Element der Selbstbindung des Souverän. Vielmehr noch wird hiermit die Demokratie selbst – als die *Form* des politischen Prozesses – nachgerade als „Kontingenzenmotor“ jeglicher (sicherheits-)politischen Ordnungsfindung offenbar. Denn was anderes leistet sie, als dass sie letztere stets der kollektiven Entscheidung verfügbar macht und damit nie auf Dauer, sondern stets nur auf Zeit stellt?

Gleichwohl sollte dank vieler Einwürfe während der Dialog-Werkstatt klar geworden sein, dass dies bei aller Emphase wiederum keinen Automatismus darstellt. Die *Struktur* demokratischer Selbstorganisation ist fraglos ein empirischer Befund: sie ist „so“ und vollzieht man sie, dann „erfüllt“ sie sich auch genau „so“. Doch als reine Lehrbuchdefinition lebt sie vor allem kraft der ihr beigefügten Utopie: der kontrafaktischen Unterstellung, dass man *prinzipiell* jedes Problem *allen* zur Entscheidung vorlegen kann. So wurde bereits in den Keynotes unter den Stichworten der „Repolitisierung“ sowie der „großen Debatte“ deutlich, dass das Erfüllungsstadium einer demokratischen Sicherheitspolitik nie entweder erreicht ist oder nicht – es gilt vielmehr stets diesem nachzustreben.

Sicherheitspolitik, das unterstreicht ein weiterer Themenschwerpunkt der Dialog-Cafés, ist ein Phänomen, das sehr bewusst im Alltag der Gesellschaft erlebt wird. Dabei zeigt sich jedoch, dass es vor allem die „vollendeten Tatsachen“, die bereits geschlossenen Möglichkeitsräume sind, die den Teilnehmern auffallen. Diese umso mehr, da es offenbar nicht gelingt, den Grund dieser Maßnahmen mit der konkreten Lebenswelt der Individuen zu verknüpfen. Sicherheitspolitik wird nach wie vor als grundlegend, ja sogar überlebenswichtig angesehen – aber paradoxerweise nicht umfassender in der politischen Debatte ausgebreitet.

Dieser Wunsch „nicht so regiert zu werden“ und das Feedback über die Wichtigkeit dieses Dialog-Werkstatt-Formats betont dabei, dass eine demokratische Sicherheitspolitik – im oben beschriebenen Sinne – nach mehr grundsätzlicher Beteiligung „bei einem Mehr an der Beteiligung zugänglichen Problemen“ verlangt. Sicherheitspolitik in der repräsentativen Demokratie der Bundesrepublik wird fraglos vor allem im Parlament und nicht zuletzt durch dessen international vergleichsweise stark ausgeprägte Kontrollmöglichkeiten gestaltet. Der solitäre Akt der Wahl, der in relativ großen Zeitabständen erfolgt, zudem in auf die reine Frage der Zustimmung oder Ablehnung reduzierter Form der Legitimationsbeschaffung, scheint nicht mehr auszureichen – gerade um eine demokratische Form sicherheitspolitischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen *erlebbar* zu machen. „Strategien der Demokratisierung“ entfalten ihre nachhaltige Wirkung heutzutage erst, wenn Entscheidungen auch konkret als individuelle Teilhabe- und Wahlmöglichkeiten *erlebt* werden.

Gleichzeitig zeigte die Dialog-Werkstatt aber auch, dass man angesichts allzu „überzogener“ Interpretationen einer „Repolitisierung“ sowie „großen Debatte“ Vorsicht walten lassen sollte. Dies wurde nirgendwo so deutlich wie in der nahezu grenzenlosen Zahl sicherheitspolitischer Themen und Problemen, die von den ebenso zahllosen Teilnehmern in die Waagschale geworfen wurden.

Versteht man Politik in Erweiterung der oben angeführten Definition als den Austausch darüber, was sein *soll*, das heißt kollektive Geltung beanspruchen kann, dann sind moderne Gesellschaften, zum einen, immer schon politische oder politisierte Gesellschaften. (Re)Politisierung ist also nicht unbedingt gleich Demokratisierung, sondern kann auch den gegenteiligen Effekt haben; es droht eine verschärfte und folglich unversöhnbare Partikularisierung, wie man sie bereits aus dem Feld der Identitätspolitik kennt. Gleichsam könnten sicherheitspolitische Lagen im Extrem sogar eher als ein der Allgemeinheit zu entziehender Ausnahme-, denn als Gestaltungszustand gerahmt werden.

Zum anderen verweist gerade die der Vielzahl der Themen implizite Fragmentierung, dass sich all diese Sichtweisen nicht in einer sprichwörtlichen „großen Debatte“ zusammenfassen lassen. Der oft zusätzliche Wunsch, dass diese eine abschließende Wirkung haben sollte – das heißt, dass man danach endgültig „weiß“, welche Sicherheitspolitik wir wollen – wurde zudem bereits über die kontingenzbedingte, prozessuale Qualität des demokratischen Prozesses widerlegt.

Vielmehr scheint es hilfreich zu sein, auf einen Aspekt der Dialog-Werkstatt zu setzen, der quer zu allem Teilnehmergruppen als einer der erfreulichsten Abschlussbefunde erhoben wurde: Sicherheitspolitischer Dialog ist neben dem Spiel von Position und Opposition vor allem eines: Übersetzungsarbeit! So wurde auf breiter Basis betont, dass einer der großen Mehrwerte ein deutlich gewachsenes Verständnis nicht nur für die Begrifflichkeiten, sondern auch für die Sichtweisen der anderen Beobachter war. Diese aktiven Übersetzungsleistungen scheinen somit einen wichtigen Teil jener vielerorts geforderten Politischen Bildung zu sein, die wieder zu einem Verständnis von Politik – der *Kapazität* des stets *temporären* Treffens *kollektiv* verbindlicher *Entscheidungen* – zurückführt, das dieser nicht abspricht zu lösen, was doch nur alleine im Sinne dieses Potentials (sicherheits-)politisch gelöst werden kann.

Vielleicht braucht es ja gerade ein so abstraktes, aber gleichzeitig derart grundlegend in unserer aller Alltag eingreifendes Problem wie das der Sicherheit, um die Notwendigkeit der (Wieder-)Belebung der oft allzu unhinterfragt unterstellten Formen des demokratischen Vollzugs wieder auf breiter Ebene in das Gedächtnis der politischen Kontingenzgesellschaft zu rücken. Dann wäre die Dialog-Werkstatt neben all den bereits aufgezählten Vorzügen, darüber hinaus auch im Sinne des Sprichwortes ein wahrlich *großer* erster Schritt am Beginn eines fraglos noch langen Weges gewesen.